

Anna L. Ahlers\*, Rudolf Stichweh

# Die Bipolarität von Demokratie und Autoritarismus und ihre gesellschaftlichen Ursprünge

<https://doi.org/10.1515/sosys-2020-0021>

**Zusammenfassung:** Der Aufsatz sucht nach systematischen Differenzen in der gegenwärtigen ‚World Polity‘, aus denen die bipolare Differenz von demokratischen und autoritären Systemen hervorgeht. Er behandelt die Akzeptanz funktionaler Differenzierung als Zusammenspiel gleichwertiger Systeme, die radikale Individualisierung der Inklusion, die Kontingenz von Werten, das Recht als Instrument gesellschaftlichen Strukturwandels und die prozessuale Reversibilität aller Entscheidungen als zentrale Gesichtspunkte, die Unterschiede von Demokratie und Autoritarismus erzeugen. Der Aufsatz rekonstruiert weiterhin den funktionalen Raum des Politischen als bestimmt durch Wissen, Entscheiden, Integration von Gemeinschaften, Bindung an Werte. Für jede dieser vier Leitfunktionen ergeben sich demokratische und autoritäre Alternativen. Auf signifikante Ereignisse und Trends des aktuellen Jahrzehnts referierend, zeigt der Aufsatz die zunehmende Bedeutung dieser Bipolarität für die Weltgesellschaft des 21. Jahrhunderts auf, die einer fortlaufenden Untersuchung und Konzeptualisierung bedarf.

**Abstract:** This paper explores systematic differences in contemporary ‘world polity’ from which the bipolar difference of democratic and authoritarian systems emerges. It deals with the acceptance of functional differentiation as an interplay of equivalent systems, the radical individualization of inclusion, the contingency of values, law as an instrument of societal change, and the procedural reversibility of all decisions as the central viewpoints that generate differences of democracy and authoritarianism. Moreover, the paper reconstructs the functional space

---

**Anmerkung:** Bei diesem Text handelt es sich um eine revidierte deutsche Fassung von Kap. 6: The Bipolarity of Democracy and Authoritarianism and Its Societal Origins, in: Anna L. Ahlers/Damien Krichewsky/Evelyn Moser/Rudolf Stichweh (2021), Democratic and Authoritarian Political Systems in 21st Century World Society. Vol. 1: Differentiation, Inclusion, Responsiveness. Bielefeld: Transcript, 209–240.

---

**\*Korrespondenzautorin:** Dr. Anna L. Ahlers, Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte (MPIWG), Boltzmannstrasse 22, D-14195 Berlin; e-mail: [alahlers@mpiwg-berlin.mpg.de](mailto:alahlers@mpiwg-berlin.mpg.de)

**Prof. Dr. Rudolf Stichweh**, Forum Internationale Wissenschaft, Universität Bonn, Heussallee 18–24, D-53113 Bonn; e-mail: [rstichweh@yahoo.de](mailto:rstichweh@yahoo.de)

of the political system as determined by knowledge, decision-making, integration of communities, and the attachment to values. For each of these four guiding functions, democratic and authoritarian alternatives emerge. Referring to significant events and trends of the current decade, the paper elaborates the increasing importance of this bipolarity for 21st century world society, which requires ongoing investigation and conceptualization.

## I Individualität und Kollektivität in demokratischen und autoritären Systemen

In einer funktional differenzierten Gesellschaft ist das politische System für die gesellschaftliche Produktion von kollektiv bindenden Entscheidungen zuständig. Es gibt kein anderes Funktionssystem in der Gesellschaft, das etwas Ähnliches leisten kann. Wenn jemand den Versuch unternimmt, gesellschaftliche Probleme zu lösen und für die gefundenen Lösungen Bindungswirkungen in Anspruch zu nehmen, muss der betreffende Akteur das Problem in das politische System verlagern und dort auf die Herstellung bindender Entscheidungen hinwirken.

In dieser funktionalen Beschreibung des politischen Systems ist weder die Regierungsform noch die Form des politischen Regimes vorausgesetzt. Die Vorstellung der Politik als einem auf kollektiv bindende Entscheidungen spezialisierten System ist mit Autokratien, Demokratien, Monarchien, Aristokratien und anderen Regierungs- und Regimetypen vereinbar, solange sie diese Funktion des politischen Systems zuverlässig erfüllen. Aber man muss die Verfassung des Kollektivs kennen, das durch die kollektiven Entscheidungen gebunden sein soll. Wie kommt das Kollektiv zustande? Wie sieht seine innere soziale Struktur aus? Warum und wie akzeptiert das Kollektiv die Entscheidungen, die getroffen werden? Und was bedeutet „Akzeptanz“?

Die gesellschaftliche Moderne hat einen ihrer Ursprünge in einer grundlegenden Veränderung der Kollektive, auf denen politische Systeme beruhen. Eine Person ist nicht mehr mittels der Inklusion in die Stände und Schichten der vor-modernen (europäischen) Gesellschaft Mitglied des jeweiligen politischen Kollektivs. Es ist nicht mehr die Zugehörigkeit zu sozialen Kategorien (Adel, Bauernschaft, Bürgertum, Klerus), die die Inklusion in das politische System garantiert. Stattdessen beruht die Mitgliedschaft auf der Individualität, d. h. einer paradoxen Eigenschaft: Individualität ist etwas, das jeder mit jedem teilt, weil alle Menschen Individuen sind und keine Ausnahmen denkbar sind; Individualität unterscheidet aber jedes Individuum von jedem anderen Individuum, das seine Individualität auf andere Weise verwirklicht und das als Individuum anders sein muss,

um überhaupt ein Individuum sein zu können (Ghosh 2013; Simmel 1989 [1890]; Simmel 1917). Diese paradoxe Struktur der Individualität scheint sowohl die Einheit als auch die interne Vielfalt eines politischen Systems zu garantieren und erzeugt diese beiden Effekte über dieselbe Institution: das Individuum als Kerninstitution der Moderne (Bourricaud 1977; Dumont 1991; Durkheim 1973 [1893]; Durkheim 1898; Parsons 2007b). Interpretationen von Individualität entstehen in allen anderen Funktionssystemen der modernen Gesellschaft (Erziehung, Wissenschaft, Wirtschaft, Religion). Diese Funktionssysteme beruhen alle auf der Einbeziehung von Individuen. Gleichzeitig hat jedes der Funktionssysteme eine völlig andere Perspektive auf Individuen.

Politische Systeme erfinden neue Begriffe oder definieren alte neu, um sich selbst als eine inklusive Kollektivität von Individuen zu beschreiben: Das „Volk“ und die „Nation“ sind die bekanntesten dieser Begriffe. Beide Begriffe beziehen sich auf Kollektive, die eine beträchtliche Anzahl von Individuen, Millionen von Individuen oder sogar eine Milliarde von ihnen (im chinesischen oder indischen Fall) umfassen können. Der Unterschied zwischen den beiden Semantiken besteht darin, dass der Begriff „Volk“ deutlicher von seinem volkstümlichen Ursprung geprägt ist und lange nur das einfache, ungebildete Volk meinte, das keinen Anspruch auf einen relevanten sozialen Status hatte. Im Gegensatz dazu war „Nation“ jahrhundertlang ein elitärer Begriff, der sich auf die kultivierten Gesellschaftsschichten bezog. Während beide Begriffe zur Beschreibung einer einheitlichen politischen und sozialen Gemeinschaft verwendet werden, verweist „Volk“ auf die Zusammenfassung von unten, während „Nation“ eine Einigung von oben impliziert. Die Konvergenz dieser Bewegungen von oben und unten offenbart den prononciert egalitären Charakter eines modernen politischen Systems, kann aber auch als Hinweis auf die Spannungen verstanden werden, die diesen Prozessen der Bildung eines einheitlichen politischen Gemeinwesens innewohnen.

Beide Begriffe – „Nation“ und „Volk“ – sind in der heutigen Gesellschaft egalitär und formulieren als egalitäre Begriffe eine Semantik der Inklusion. Jeder ist Teil des Volkes und jeder ist Teil der Nation. Beide Begriffe sind jedoch nicht unbedingt an die Demokratie als politisches Regime gebunden. Sie können auch in einer Monarchie oder in einem autoritären System kennzeichnende und entscheidende Begriffe sein. Es ist möglich, dass jemand – z. B. ein autoritärer Populist – regiert, der sagt: Dies ist mein Volk, dies ist meine Nation. Die Prominenz dieser beiden Begriffe ist einer der vielen Indikatoren, die die gemeinsame semantische Basis der modernen Demokratie und des modernen Autoritarismus offenbaren. Demokratische und autoritäre Regime erheben in der Regel beide den Anspruch, sich auf eine solches inklusiv interpretiertes Kollektiv zu stützen. Im Fall der Demokratien nimmt dies die Form der Selbstverwaltung durch das Volk an. In monarchischen und autoritären Systemen handelt es sich um eine Regie-

rung für das Volk, zum Wohl des Volkes und im besten Interesse des Volkes. In all diesen autoritären Varianten beobachten wir indirektere Formen der Vertretung des Volkes und der Nation. Die Untersuchung dieser Formen ist die Untersuchung des Autoritarismus in der Moderne.

Allen zeitgenössischen politischen Systemen ist eine bipolare Struktur inhärent: Auf der einen Seite die Individualisierung der Einbeziehung in das politische System, auf der anderen Seite die verschiedenen Kollektive, zu denen alle inkludierten Individuen gehören. Demokratien konzentrieren sich typischerweise auf den individuellen Pol dieser bipolaren Struktur und müssen die individuelle Ausübung der Beteiligung an politischen Prozessen betonen, während Autokratien typischerweise die Kollektive hervorheben, die den Kontext der Zugehörigkeit der Individuen bilden, und sie beanspruchen die Ausübung der Autorität im Namen der Kollektivität. In Autokratien gibt es jemanden außerhalb des Kollektivs, der die Autorität über das Kollektiv ausübt (ein Erbmonarch, eine unersetzliche Partei, eine charismatische Persönlichkeit mit angeborenen Eigenschaften, ein Kleriker aus einer religiösen Rollenstruktur, ein Militäroffizier). In Demokratien leiten sich alle Führungsrollen vollständig aus der Selbstorganisation des Kollektivs als einer Versammlung von Individuen ab. In einer Demokratie gibt es kein Individuum im Kollektiv, das nicht potenziell in der Lage wäre, die machtvollsten politischen Rollen in einem politischen System zu übernehmen. Zusammengefasst: Beide Regimetypen verwirklichen eine universelle Inklusion aller Mitglieder der Gesellschaft in einige Arten der Partizipation und in Partizipationsrollen im politischen System („Publikumsrollen“); aber nur in Demokratien gibt es eine vollständige Inklusion aller in die Möglichkeit, auch die höchsten politischen Rollen in der Regierung zu übernehmen („Leistungsrollen“) (Stichweh 2016).

Es ist aufschlussreich, die Unterschiede zwischen „Volk“ und „Nation“ als den beiden Hauptbegriffen für die moderne, auf Inklusion beruhende politische Kollektivität genauer zu betrachten. Aus der Sicht einer Theorie der Inklusion bedeutet „Volk“ eine Inklusion von unten. Wenn in der heutigen Zeit „Volk“ zu einem universellen Begriff wird, der alle in „das Volk“ einschließt, bedeutet dies die Einbeziehung der höheren Schichten in eine Kollektivität, der sie jahrhundertlang nicht angehören wollten. Bei der „Nation“ ist es genau anders herum. Im ursprünglichen Sprachgebrauch waren damit in erster Linie die höheren Schichten der Gesellschaft gemeint, wie im „Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation“, wo sich die „Nation“ eindeutig nur auf diejenigen bezog, die zu den politisch unabhängigen Ständen des Reiches gehörten. In diesem Fall erfolgte die Einbeziehung von oben. Der Begriff der Nation weitete sich aus, und immer mehr Menschen aus immer mehr sozialen Schichten und Ständen wurden Teil der Nation, und schließlich wurde die Idee der Nation zu einer Art politischem Programm, das immer mehr Menschen einzubeziehen versuchte.

Eine weitere Dimension der Unterscheidung hängt mit dem Geltungsbereich zusammen. In vielen Fällen ist „Nation“ ein universalisierender und globalisierender Begriff. Es geht auch um die Herausbildung einer Nation als Resultat eines Bildungs- und Wachstumsprozesses. Die Einbeziehung in die Nation bedeutet dann die Einbeziehung von Regionen, Provinzen und anderen kleineren Gruppen und Einheiten in ein umfassendes Konzept der Nation (Weber 1976).

Wir erwähnen einen letzten Aspekt: die Exklusion. Die beiden Kernbegriffe für die moderne politische Kollektivität (oder „Gemeinschaft“), „Volk“ und „Nation“, sind beide eindeutig nicht nur mit Ideen der Inklusion (hauptsächlich der vollständigen Inklusion aller Individuen), sondern auch mit Ideen der Exklusion verbunden. Auch hier gibt es eine Asymmetrie. Im Falle der Semantik des „Volkes“ ist die Ausgrenzung vergleichsweise selten. Eine Person kann zu einem „Volks-Feind“ werden oder ein „Fremder“ für das Volk sein. Im letzteren Fall gehört er oder sie wahrscheinlich zu einem anderen Volk. Aus der Perspektive der „Nation“ sind Ausschlüsse sehr viel wahrscheinlicher. In einem (demokratischen oder autokratischen) politischen System kann erklärt werden, dass jemandem Eigenschaften fehlen, die als konstitutiv für die Nation gelten (ethnisch, religiös, sprachlich). Und dann können diese Personen oder Gruppen aus dem jeweiligen politischen System ausgeschlossen werden.

## II Funktionale Differenzierung

Eine der hauptsächlichsten Gemeinsamkeiten von Demokratien und Autokratien besteht darin, dass beide Regimetypen in einer funktional differenzierten Weltgesellschaft entstehen und eine Anpassung an diese darstellen. Politische Systeme können sich der funktionalen Differenzierung nicht entziehen. Es ist eine Weltstruktur, die eine Antwort und eine Anpassung erfordert. Die verschiedenen politischen Regimetypen unterscheiden sich in ihren Reaktionen und Anpassungen, und aus diesen Unterschieden ergibt sich die Unterscheidung zwischen Demokratie und Autoritarismus.

Wir behaupten daher, dass der wichtigste gesellschaftliche Umstand, der die Karriere sowohl demokratischer als auch autoritärer Regime bestimmt, die funktionale Differenzierung der Gesellschaft ist, die nach 1750 schließlich als primäre Differenzierung der Weltgesellschaft in Erscheinung tritt. Demgegenüber war in vormodernen geschichteten Gesellschaften die „Politik“ oder „der Staat“ das Instrument, mit dem die wichtigste Schicht der Gesellschaft (der Adel oder andere Eliten in strukturell gleichwertiger Position) ihre Herrschaft über alle anderen gesellschaftlichen Gruppen ausübte. Die Vorherrschaft des Staates als funktio-

nale Institution geht Hand in Hand mit der Stratifizierung der Gesellschaft, als Hierarchie von Gruppen, in die jeder hineingeboren wird und die den gesamten Lebensweg der Individuen vorbestimmen.

In einer funktional differenzierten Gesellschaft ist der Staat nicht mehr die Spitze der Gesellschaft. Der Staat ist nur noch das „politische System“, d. h. der Staat wird zu einem Funktionssystem neben zahlreichen anderen Funktionssystemen. Die Bedingungen der Inklusion in ein politisches System unterscheiden sich deutlich von den Bedingungen der Inklusion in einem vormodernen Staat. Ausgehend von der für vormoderne Staaten charakteristischen Inklusion der Eliten hat sich eine langsame Verschiebung hin zur universellen Inklusion vollzogen. Die beiden vormodernen Kollektive „Nation“ (Eliten) und „Volk“ (alle, die „Plebs“) haben sich einander angenähert und eine Situation geschaffen, in der jeder sowohl ein Mitglied der Nation als auch ein Teil des Volkes ist. Diese beiden Kollektive werden heute als politische Kollektive verstanden, d. h. als Kollektive, die ein Funktionssystem in der Gesellschaft definieren, aber keine „Gesellschaft“ darstellen und keine „gesellschaftliche Gemeinschaft“ im Sinne von Talcott Parsons (2007a) sind. Es ist schwierig, eine gesellschaftliche Gemeinschaft im Parsons'schen Verständnis dieses Begriffs zu identifizieren, und Gesellschaft und Politik haben sich in der globalen Moderne voneinander getrennt, so dass das politische System nur ein Funktionssystem unter einer beträchtlichen Anzahl anderer Funktionssysteme (Recht, Wirtschaft, Religion usw.) ist und seine eigenen Kollektive hat, die sich von den Gemeinschaften unterscheiden, die den anderen Funktionssystemen zugrunde liegen.

Es ist dieser enorme gesellschaftliche Wandel, der schließlich die Bipolarität von Demokratie und Autoritarismus hervorbringt. Demokratien beruhen auf der völligen Auflösung der Stratifikation als Form der politischen Herrschaft. Sie konstituieren ein egalitäres, sich selbst organisierendes demokratisches Kollektiv, das alle Menschen, die zur Gesellschaft gehören, gleichberechtigt einbezieht und allen die gleichen Mitwirkungsrechte einräumt, zum einen durch zahlreiche Partizipationsformen, zum anderen durch die prinzipielle Möglichkeit, in höchste politische Ämter aufzusteigen. Diese prinzipielle Möglichkeit ist nicht durch Professionalität oder Bildungsanforderungen eingeschränkt. Es gibt keine „politische Profession“, so wie es die „Profession des Mediziners“ (Freidson 1988) gibt, und es existiert keine für das politische System charakteristische und unverzichtbare Ausbildung außer der Möglichkeit, aktiv zu sein und Rollen zu übernehmen und damit eine Karriere im jeweiligen politischen System zu machen.

Aus der Perspektive des sich selbst organisierenden demokratischen Kollektivs ist leicht zu erkennen, dass es in allen anderen Funktionssystemen ähnliche egalitäre Gemeinschaften gibt, die auf universeller Inklusion basieren. Diese Gemeinschaften haben interne soziale Strukturen, die sich von den internen

Strukturen der politischen Kollektive unterscheiden. Oft gibt es eine Trennung zwischen Professionellen und Leistungsrolleninhabern einerseits und Amateuren/Klienten andererseits. Nichtsdestotrotz basieren alle Funktionssysteme auf universeller Inklusion. Der Status der Professionellen bzw. der Leistungsrolleninhaber ist kein zugeschriebener Status, sondern im Prinzip für jeden zugänglich. In allen Funktionssystemen gibt es Übergänge, die es den Amateuren ermöglichen, gemeinsam mit den Professionellen aufzutreten oder sogar mit ihnen zu konkurrieren (die Pokalwettbewerbe im Fußball und anderen Ballsportarten sind eines von vielen Beispielen, und es gibt viele andere Praktiken und Institutionen der Durchlässigkeit in allen Sportarten). Wenn man aus der Perspektive des demokratischen Kollektivs des politischen Systems die Inklusionsgemeinschaften der anderen Funktionssysteme in der Gesellschaft und ihre internen Strukturen beobachtet, gibt es keinen Grund, warum das demokratische Kollektiv legitimerweise den Anspruch erheben sollte, die Inklusionsgemeinschaften der anderen Funktionssysteme irgendwie zu „regieren“. Vom demokratischen Standpunkt aus wäre es viel plausibler zu postulieren, dass, wenn die Selbstorganisation des demokratischen Kollektivs die Kernstruktur der „Radikalität“ der demokratischen Revolution ist (Wood 1998), die Idee der Selbstorganisation ihrer konstitutiven Gemeinschaften eine selbstverständliche Einsicht für die anderen Funktionssysteme in der Gesellschaft sein sollte. Aus diesem Argument folgt, dass ein inhärentes Merkmal der modernen Demokratie sowohl die Akzeptanz funktionaler Differenzierung als Grundstruktur der Gesellschaft als auch die Tendenz zur Selbstbeschränkung des Entscheidungsraums ist, den eine politische Kollektivität für sich beansprucht. Demokratien tendieren nicht zu einer Ausweitung des politischen Entscheidungsraums. Vielmehr sollten und werden sie Selbstbeschränkungen des politischen Raums präferieren, die sich aus dem Respekt vor der Selbstorganisation der anderen Funktionssysteme ergeben.

Dieses Argument macht deutlich, wie sich autoritäre Systeme von Demokratien unterscheiden. Während Demokratien auf dem vollständigen Niedergang der Herrschaft durch askriptive Eliten beruhen, haben die meisten Autokratien ihre Grundlage entweder in der Kontinuität oder in der Neuentstehung von Eliten, die aufgrund ihres Elitenstatus eine stabile politische Autorität und Macht beanspruchen. Als Eliten halten sie sich in der Regel für unersetzlich. Diese Unersetzlichkeit kann in Bezug auf Eliteparteien (faschistische, kommunistische, sozialistische und andere Ideologien), einen religiösen Klerus (gleich welcher Religion), das Militär, eine traditionelle oder neu entstehende Verwandtschaftsgruppe (Saudi-Arabien), eine Stammes- oder ethnische Elite, die sich von anderen ethnischen Gruppen im selben Land abgrenzt oder sogar eine Elite von sozioökonomischen Modernisierern postuliert werden (obwohl in diesem Fall Elitenkonsistenz und -stabilität schwierig sein werden). Die Eliten autoritärer Länder

akzeptieren zumeist eine inklusive Kollektivität aller anderen (all derer, die von der Elite beherrscht werden) und müssen dies auch tun. Daher gibt es in diesen Ländern oft Wahlen, Parteien, Parlamente und andere institutionelle Aspekte, die für Demokratien charakteristisch sind. Allerdings gibt es immer scharf gezogene Grenzen, die den Raum abstecken, in dem die Vorherrschaft der Elite beginnt und die Beteiligung und den potenziellen Einfluss aller anderen begrenzt.

Das politische System einer Autokratie ist in manchen (oft in vielen) Hinsichten ein spezialisiertes Funktionssystem der Gesellschaft, wie dies auch bei Demokratien der Fall ist. Das autokratische politische System muss seine aus der funktionalen Spezialisierung resultierende Partialität akzeptieren. Dieser Akzeptanz sind jedoch Grenzen gesetzt. Die Eliten, die eine Autokratie kontrollieren, haben ein tief verwurzelt Misstrauen gegenüber der selbstorganisierenden Autonomie der Gemeinschaften der anderen Funktionssysteme. Einer der Hauptunterschiede zwischen Demokratien und Autokratien besteht daher in den völlig unterschiedlichen Beziehungen zur funktionalen Differenzierung. Demokratien müssen die Pluralität der Funktionssysteme affirmieren, weil sie die Autonomie der anderen Funktionssysteme als etwas wahrnehmen, das der Art und Weise ähnelt, wie ein demokratisches Gemeinwesen selbst seine Autonomie herstellt und verteidigt. Man könnte dies als eine Art Solidarität zwischen den Funktionssystemen und ihren jeweiligen Autonomieansprüchen bezeichnen. Die Eliten von Autokratien hingegen werden die Eliten in anderen Funktionssystemen als Konkurrenten im Kampf um Macht und Herrschaft betrachten. Daher versuchen autokratische Eliten häufig, eine weitgehende politische Kontrolle über andere Funktionssysteme zu etablieren.

### III Werte

Eine weitere Möglichkeit, zwischen Demokratien und Autokratien zu unterscheiden, besteht in der Betrachtung von Werten und Wertmustern. Werte sind gesellschaftlich institutionalisierte Präferenzen. Aber es sind nur Präferenzen. Sie diktiert keine gesellschaftlichen Entscheidungen. Sie weisen jedoch in bestimmte Richtungen. Nach einer von Clyde Kluckhohn und Talcott Parsons vorgeschlagenen Definition sind Werte „Vorstellungen über den wünschbaren Typus von Gesellschaft“ (s. Kluckhohn 1951; Parsons/White 2016). Welches sind die konstitutiven Werte der heutigen Weltgesellschaft und wie ermöglichen sie es dem Beobachter, zwischen Demokratien und autoritären Systemen zu unterscheiden?

Da ist zunächst Individualität, die, wie bereits eingeführt, als konstitutiver Wert der modernen Gesellschaft bezeichnet werden kann. Individualität als Wert



ist wichtig für die funktionale Differenzierung, weil er zu verstehen erlaubt, wie die funktionale Autonomie globaler Kommunikationssysteme auf der potenziellen universellen Einbeziehung jedes Individuums in die Partizipationsmöglichkeiten des jeweiligen Systems beruht. Partizipation ist fast immer individualisiert: Es gibt individuelle Stimmabgabe bei Wahlen, individuelle Konsumententscheidungen und individuelle Unternehmer, die für Innovationen in der Wirtschaft verantwortlich sind, individuelle Bekehrung als Hauptziel vieler Religionen, individuelle Bewertung in Bildungseinrichtungen, individuelle Zurechnung von Verantwortung in Rechtssystemen, individuelle Veröffentlichung in der Wissenschaft (mit dem seltsamen Effekt, dass es manchmal Hunderte von individuellen Namen auf wissenschaftlichen Arbeiten gibt), die individuelle Zuschreibung von Werken im Kunstsystem (selbst Filme haben „Autoren“)<sup>1</sup>, die individuelle Partnerwahl in Intimbeziehungen, das individualisierte Sterben im Krieg und sogar im Völkermord (mit der Tendenz zur Rekonstruktion der Todesumstände jedes einzelnen Individuums und zur individuellen Bestattung und individuellen Ehrung der Toten). Dies ist eine eindrucksvolle Bilanz der Relevanz von Individualität als Zentralwert der Weltgesellschaft, wengleich Individualität in einigen Weltregionen durch zahlreiche Gegenwerte eingehegt wird, beispielsweise durch die Relevanz von sozialer Konformität und familialen Verantwortung, die in Ostasien besonders stark ausgeprägt zu sein scheint.

Neben der Individualität, die offensichtlich von Demokratien und Autokratien gleichermaßen geachtet werden muss – auch wenn die beiden Regimetyphen sich in der Art und Weise unterscheiden, wie sie Individualität institutionalisieren –, gibt es die Menschenrechte, die oft sowohl Werte als auch Normen sind (weil sie einklagbar sind, was auf Werte nicht zutrifft) und als eine Art Schutzhülle um die Individualität herum konstruiert werden. Man könnte argumentieren, dass das System der Menschenrechte die Demokratie definiert, dass Demokratie die Ausübung der Menschenrechte ist. Aber das wäre keine korrekte Interpretation. Die Menschenrechte definieren Grenzen, die Demokratien akzeptieren müssen. Sie werden in die Verfassungen, die die meisten Demokratien und Autokratien zu einem bestimmten Zeitpunkt in ihrer Geschichte (oft als Gründungsakt) schaffen, aufgenommen und kodifiziert. Als solche verfassungsmäßigen Rechte sind die Menschenrechte eine Einschränkung. Sie begrenzen das, was ein politisches System zu tun imstande ist. In ihrem Kern beschreiben sie die Wechselbeziehungen des politischen Systems mit den anderen Funktionssystemen in der Gesellschaft, indem sie deutlich machen, was ein politisches System nicht tun darf, wenn es in das Gebiet anderer Funktionssysteme eingreift (Luhmann 1965). Dies lässt sich

---

1 Siehe dazu <https://indiefilmhustle.com/auteur-theroy/> (sic!).

leicht am Beispiel der „Bill of Rights“ studieren, die als die ersten zehn Zusatzartikel zur US-Verfassung ratifiziert wurden (im Dezember 1791, vier Jahre nach der Verabschiedung der Verfassung). In der Verfassung findet sich zunächst eine Präambel zur „Bill of Rights“ (am 25. September 1789 vom Kongress verabschiedet),<sup>2</sup> in der die Absicht des Dokuments erklärt wird: „Eine Anzahl der Staaten ... äußerte den Wunsch, um ... den Missbrauch ihrer Befugnisse zu verhindern, dass weitere deklaratorische und einschränkende Klauseln hinzugefügt werden sollten“ (Constitution 2017, 27). Zwei Jahre nach der Abfassung der Präambel wurden die zehn Änderungsanträge angenommen; der erste von ihnen beginnt mit der folgenden Formel: „Der Kongress darf kein Gesetz erlassen, das die Einrichtung einer Religion betrifft oder die freie Ausübung derselben verbietet oder die Rede- oder Pressefreiheit einschränkt ...“ (29). Natürlich hatten die Autoren der US-Verfassung kein Konzept der funktionalen Differenzierung der Gesellschaft. Aber die „Bill of Rights“ konzentriert sich auf die Freiheiten und Autonomien, in die ein demokratisches Gemeinwesen nicht eingreifen sollte – und das sind die Freiheiten, die den anderen damals aufkommenden Funktionssystemen zugrunde liegen (Massenmedien, Religion, Kunst, Wissenschaft, Hochschulbildung und so weiter).

Die Institution der Individualität und der stützende Kern der Menschenrechte legen einen bestimmten Kanon von Werten fest, die für ein demokratisches politisches System gegeben sind. Man könnte sie als die Werte der funktional differenzierten Weltgesellschaft bezeichnen, und der Kanon dieser Werte hat sich synchron mit der Entstehung der Weltgesellschaft entwickelt. Diese Werte bilden ein sehr allgemeines Wertesystem, das ein hochgradig verallgemeinertes Komplement zur zunehmenden internen Differenzierung der Weltgesellschaft in globale Kommunikationssysteme darstellt, von denen viele um eine der Freiheiten herum organisiert sind, die in den verschiedenen Katalogen der Menschenrechte, die seit 1789 geschrieben wurden, postuliert werden.

Ein demokratisches Gemeinwesen ist an diese Werte gebunden. Aber ansonsten ist es frei, gesellschaftliche Werte zu definieren, zu diskutieren und diese sogar im Einzelfall zu schaffen. Bei politischen Prozessen und den daraus resultierenden Entscheidungen geht es nicht nur um gesellschaftliche Probleme, die das politische System als Teil seiner Wirkungssphäre betrachtet. Natürlich ist es dies, was politische Systeme tun: gesellschaftliche Probleme zu identifizieren, zu definieren und zu versuchen, sie zu lösen. Aber bei der Erörterung von Problemen und der Entwicklung von Problemlösungen geht es in der politischen Debatte immer auch um gesellschaftliche Werte. Werte verändern und entwickeln sich

---

<sup>2</sup> Zu diesem Zeitpunkt ist die Zahl der Amendments, die tatsächlich die Zustimmung von hinreichend vielen Einzelstaaten finden werden, noch ungewiss. Deswegen wird diese programmatische Präambel vorausgeschickt, die noch keine Einzelfestlegungen enthält.

zusammen mit den gesellschaftlichen Praktiken, Institutionen und Normen. Viele dieser Wertveränderungen in der Gesellschaft berühren den Entscheidungsraum des politischen Systems nicht. Wenn sich in der Gesellschaft eine Informalisierung des Verhaltens als ein sehr allgemeiner gesellschaftlicher Trend abzeichnet, dann wird die Politik vermutlich ein Teil dieses Trends sein und von ihm ausgehende Veränderungsimpulse erfahren. Allerdings wird die Politik niemals über diesen Wert entscheiden. Anders verhält es sich bei anderen Werten. Wenn sich Werte in Bezug auf Familie, Ehe, Sexualität, Drogenkonsum, Datenschutz, den Einsatz künstlicher Intelligenz und die Manipulation des Genoms von Pflanzen, Tieren und Menschen – und viele andere – ändern, werden politische Entscheidungen diese Änderungen an irgendeinem Punkt ratifizieren oder zurückweisen. Die Politik wird dies jedoch nie direkt tun, indem sie Werte dekretiert. Sie wird immer einen indirekten Weg wählen, indem sie Institutionen und Normen schafft, deren Grundlage die jeweiligen Werte sind.

Autokratien scheinen ein gänzlich anderes Verhältnis zu Werten zu haben. Während Demokratien werteaufnehmende und werteverarbeitende politische Systeme sind und damit sehr aktiv (wenn auch eher in zweiter Instanz) am gesellschaftlichen Wertwandel teilnehmen, sind Autokratien entweder wertfrei oder durch Werte kontrolliert.

Wertfreie Autokratien sind solche, die aus einer regierenden Gruppe oder Schicht bestehen, die in erster Linie auf die private Nutzung und den Erwerb von Ressourcen ausgerichtet ist, die auf der Grundlage der Kontrolle über staatliche Institutionen zugänglich werden. Diese Art von Regime wird oft als „Kleptokratie“ bezeichnet. Sie besteht aus korrupten Praktiken, die in allen politischen Systemen zu finden sind, sogar und manchmal in großem Umfang in Demokratien. Die Identifizierung dieser Praktiken ist nicht einfach, da es nicht immer eine scharfe Grenze zwischen den Privilegien der Eliten in geschichteten Systemen – die oft als Teil der Symbole und Rituale zur Legitimierung der Herrschaft angesehen werden – und der illegalen Aneignung öffentlicher Ressourcen für private Zwecke gibt. Eine mögliche Interpretation ist, dass in Demokratien kleptokratische Praktiken eine Art Devianz sind, die an einzelne Akteure gebunden ist, die im Laufe von Jahren der Amtsausübung das Gefühl entwickeln, ein Recht zu haben, Geschenke anzunehmen und sogar einzufordern.<sup>3</sup> Kleptokratische Regime dagegen bestehen nicht aus einzelnen Abweichlern oder Kriminellen, sondern aus Banden, die ein Territorium (eine Stadt, einen Staat) systematisch kontrollieren und stets

---

<sup>3</sup> Es ist eine bemerkenswerte kognitive Fehlleistung, dass Politiker, die in Demokratien aufgewachsen sind und dort Jahrzehnte gearbeitet haben, auf einmal die Annahme von ‚Gaben‘ selbstverständlich finden und keine Legitimitätszweifel hegen. Netanyahu und Biedenkopf sind gute Beispiele.

mit anderen Banden konkurrieren. Die endemischen Nachfolgeprobleme, die für Autokratien charakteristisch sind, werden im Fall von Kleptokratien wahrscheinlich durch einen Machtübergang von einer „Bande“ auf eine andere „Bande“ bewältigt. Diese Interpretation erlaubt es, den „wertfreien“ Charakter von Kleptokratien zu spezifizieren. Kleptokraten bekennen sich zu Werten, aber diese Werte sind meist „Banden“- oder „Mob“-Werte.<sup>4</sup>

Die meisten Autokratien sind jedoch nicht wertfrei, sondern eher wertkontrolliert. Das bedeutet, dass es nicht nur eine elitäre Gruppe oder Schicht gibt, die die politische Herrschaft über die moderne – inklusiv alle Mitglieder eines politischen Systems umfassende – Gemeinschaft ausübt. Diese Elitegruppen sind meist um Wertsysteme herum gebaut, die den Status der Eliten garantieren und gleichzeitig durch die Aktivitäten der Eliten ständig erneuert und stabilisiert werden. Zu diesen Wertsystemen gehören politische Ideologien (Kommunismus, Faschismus), religiöse Glaubenssysteme, ethno-historische oder ethno-religiöse Narrative, technokratische Ideologien des Lernens und der Effektivität sowie Ideologien der Ordnung und Kontrolle. Es kann weitere Kandidaten für autokratische Wertsysteme geben. Sehr oft beruhen diese Wertsysteme auf kulturellen Traditionen, die zu einem der Funktionssysteme der modernen Gesellschaft gehören. In diesem Fall errichtet das autokratische politische System eine autokratische Herrschaft im Sinne oder im Interesse eines anderen Funktionssystems als der Politik selbst (z. B. Religion, religiöses Recht, Wirtschaft, Wissenschaft). Die Politik wird von der Politik für ein anderes Funktionssystem instrumentalisiert. Weiterhin werden diese fremden Wertsysteme als aus nichtkontingenten Werten bestehend gedacht. Es wird immer eine Art Fundamentalismus produziert (Stichweh 2010), es gibt immer Vorstellungen über die Reinheit von Wertsystemen, die nicht durch abweichende Meinungen und das Vergehen der Zeit gefährdet werden dürfen. Diese Heterogenese der Werte und die damit einhergehende Nichtkontingenz der Werte sind zwei wesentliche Gründe, warum die meisten autokratischen Regimes funktionale Differenzierung nicht akzeptieren.

Da die funktionale Differenzierung eine Weltstruktur ist und Autokratien sich der Weltgesellschaft nicht entziehen können, müssen sie mit funktionaler Differenzierung leben und sie bis zu einem gewissen Grad bejahen. Es gibt jedoch immer eine Tendenz und eine Versuchung, die als fundamental empfundenen Wertsysteme zu nutzen, um die Operationen anderer Funktionssysteme zu kont-

---

<sup>4</sup> Ein interessanter Aspekt der Trump-Regierung war ihre sprachliche und organisatorische Nähe zu einer „Gang“. Die Sprache, die Trump natürlich zufällt, ist die eines Bosses eines „Mobs“, mit den entsprechenden Vorstellungen hinsichtlich „Loyalität“ und „Verrat“ (dazu interessant McCabe 2019). Dies erklärt auch, warum politische Wertbindungen für Trump eher einen opportunistischen Charakter haben.

rollieren. Man kann dieses Phänomen am Beispiel der gegenwärtigen Volksrepublik China studieren. Das Land scheint (oder schien bis vor wenigen Jahren) die Prinzipien des liberalen Welthandels und andere Aspekte einer nichtpolitisierten Weltwirtschaft zu akzeptieren. Parallel dazu versucht China, immer strengere Mechanismen der ideologischen Kontrolle der Wissenschaft zu etablieren: Zensur ausländischer Veröffentlichungen, soweit sie in China abrufbar sind; Gründung von Zeitschriften in formeller Zusammenarbeit mit westlichen Verlagen, die aber von China aus auf der Grundlage einer politischen Selektion von Inhalten verwaltet werden; Beschränkung der Theoriebildung in den Geistes- und Sozialwissenschaften auf eine idiosynkratische, regimebasierte Interpretationsperspektive, die als „Theorie mit chinesischen Besonderheiten“ bezeichnet wird. Interessanterweise handelt es sich dabei nicht um einen Rückzug aus der Weltwissenschaft. Vielmehr will China sein Wissenschaftssystem als zentralen Teil der Weltwissenschaft etablieren, was bedeutet, dass seine ideologischen Projekte letztlich auf eine Umgestaltung der Weltwissenschaft im Dienst autokratischer Werte und Normen abzielen könnten. Auch dieser Strategie liegt eine Ablehnung der funktionalen Differenzierung zugrunde. Für ein wertgesteuertes autoritäres politisches Regime wie das chinesische (der höchste Wert des Regimes ist die Vorherrschaft der kommunistischen Partei) gibt es zwei Optionen für den Umgang mit Wissenschaft. Das Land kann sich aus Wissenschaft zurückziehen und die Universitäten schließen (was China während der Kulturrevolution einige Jahre lang tat). Diese Option ist jedoch eher hypothetisch als real, da sich kein Land in der heutigen Zeit aus der Wissenschaft zurückziehen kann. Die andere Alternative besteht darin, die großen Wissenschaftsinstitutionen zu akzeptieren und sich in sie einzukaufen, aber zu hoffen, dass sie sich im Laufe der Jahre in Richtung der Wertimperative des kommunistischen Parteiregimes verändern. Der Gedanke, die Wertvorstellungen der Wissenschaft ändern zu wollen, wird nur in einem Land wie China aufkommen, in welchem die Annahme, dass es in naher Zukunft zum Zentrum der Weltwissenschaft werden könnte, einerseits nicht völlig unrealistisch ist, während andererseits auch gilt, dass der autokratische Charakter des Regimes diesen Aufstieg vermutlich sabotieren wird.<sup>5</sup>

---

<sup>5</sup> Diese Annahmen untersucht in einer multiperspektivischen, auf viele Fallstudien gestützten Forschung, die 2020 eingerichtete, von Anna L. Ahlers geleitete Lise-Meitner-Forschungsgruppe „China in the Global System of Science“, am Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte in Berlin. Zu diesem Vorhaben gehört auch die durch globalen Vergleich unterstützte Aktualisierung und Überprüfung der These Robert K. Mertons (publiziert in zwei Aufsätzen von 1938 und 1942), dass es eine basale Verwandtschaft zwischen den vier Grundnormen des Wissenschafts-systems und den Institutionen politischer Demokratie gebe (Merton 1973a; 1973b). Die Website der Berliner Gruppe: <https://www.mpiwg-berlin.mpg.de/research/departments/lise-meitner-research-group>.

## IV Entscheidungen und Zeit

Die wichtigsten elementaren Kommunikationen, aus denen politische Systeme bestehen, sind (kollektiv bindende) politische Entscheidungen. Wenn einzelne Bürgerinnen und Bürger Kandidaten wählen oder Parteien die Kandidaten auswählen, die sie für Wahlen nominieren, wenn Abgeordnete oder Kabinettsmitglieder nach Abwägung von Handlungsalternativen abstimmen, sind diese und viele andere Kommunikationen Entscheidungen, die – wenn sie einmal getroffen und zu einer Mehrheitsentscheidung und einem Minderheitenvotum aggregiert wurden – für eine bestimmte Kollektivität, die Teil des jeweiligen politischen Systems ist, verbindlich werden.

Entscheidungen sind nie die letzten Kommunikationen in einem politischen System, und natürlich gibt es in einem autopoietischen System eigentlich keine letzten Kommunikationen. Aus Entscheidungen ergeben sich immer weitere Fragen und Probleme: Erstens: Sind Entscheidungen mit früheren Entscheidungen und mit anderen Interessen, die man verfolgt, konsistent und vereinbar? Zweitens: Ist die Entscheidung, die man getroffen hat, eine gut informierte Entscheidung oder haben die Entscheider eine wichtige Information oder wichtiges Wissen übersehen? Drittens: Wie gut sind die Gründe für die Annahme, dass das Kollektiv, das durch die Entscheidung gebunden werden soll, bereit ist, die Bindung zu akzeptieren, und welche Motive stehen hinter dieser Akzeptanz und wie stabil sind sie? Diese Fragen der Akzeptanz sind besonders dringlich für diejenigen, die der Entscheidung nicht zugestimmt haben und die dennoch als Mitglieder des jeweiligen Kollektivs durch den kollektiven Charakter der Entscheidungsfindung als an diese gebunden gelten. Viertens – und vielleicht am wichtigsten –, wie lange dauert die Bindung fort und wie schnell ist es möglich, Entscheidungen zu ändern? Das Konsistenzproblem, das Informationsproblem und das Problem der sozialen Akzeptanz im Zusammenhang mit bindenden Entscheidungen können wahrscheinlich am besten gelöst werden, wenn politische Systeme die Freiheit haben, Entscheidungen zu ändern, sobald Gründe dafür sichtbar werden und von den Teilnehmern kommuniziert werden. Diese Frage der prinzipiellen Reversibilität aller Entscheidungen scheint insbesondere in demokratischen Systemen von strategischer Bedeutung zu sein. Die Teilnehmer können eine Niederlage in einer politischen Beratung und einer anschließenden Abstimmung akzeptieren, wenn sie wissen, dass sie irgendwann eine zweite Chance erhalten werden. Diese Akzeptanz wird durch Zeit- und Amtszeitbeschränkungen noch verstärkt. Die Teilnehmer wissen, dass es in regelmäßigen Abständen Neuwahlen geben wird, und sie wissen, dass einige der mächtigen Personen nach einer bestimmten Zeit, die in einem modernen politischen System normalerweise im Voraus festgelegt wird, ohnehin aus dem Amt ausscheiden müssen.

Die Relevanz der Reversibilität von Entscheidungen wird durch das Brexit-Drama, das sich in Großbritannien zwischen 2014 und 2020 abgespielt hat (und in einigen Hinsichten bis heute fort dauert), eindrucksvoll verdeutlicht. Schon vor dem Referendum von 2016 gab es die Befürchtung, dass eine Entscheidung, die auf einer knappen Mehrheit beruhen würde, an mangelnder Legitimität leiden könnte, und es gab einige Wochen vor dem Referendum eine Petition der Brexit-Befürworter, die für den Fall, dass die Abstimmung nicht mindestens mit einer 60:40-Differenz enden würde, eine zweite Abstimmung verlangte. Das Abstimmungsergebnis, das dann eintrat (mit einer 51,9:48,1-Differenz) war auch deshalb problematisch, weil in der Kampagne absichtsvoll falsche Informationen als Propaganda eine bedeutende Rolle spielten.<sup>6</sup> Auch deshalb wurde 2019, drei Jahre später, die Legitimität und vielleicht sogar Erforderlichkeit einer zweiten Abstimmung, die entweder die erste Abstimmung bestätigt oder sie rückgängig macht, heftig diskutiert. Einige plädierten für Unumkehrbarkeit und interpretierten dies als Respekt für eine einmal vom Volk getroffene Entscheidung, während andere auf den seit 2016 fortlaufenden Brexit-Prozess und die in diesem Prozess laufend anfallenden Informationen und die ständige Veränderung der Zusammensetzung der Wählerschaft (mehr als zwei Millionen neue junge Wähler seit 2016) hinwiesen. Nachdem sich im November 2018 die EU und die britische Regierung auf ein Austrittsabkommen geeinigt hatten, intensivierte sich vor allem zwischen Februar und Juli 2019 die innerbritische Debatte. Im März und April 2019 gab es immer neue Abstimmungen im britischen Parlament über Alternativen zum Austrittsabkommen: Rücknahme der Austrittserklärung nach Artikel 50 des EU-Vertrags und Verbleib in der EU; „ungeordneter“ Austritt aus der EU ohne ein Abkommen; Durchführung eines zweiten Referendums (am 1. April nur mit 12 Stimmen Differenz abgelehnt); unregelmäßiger Austritt mit anschließenden Verhandlungen über eine Zollunion (am 1. April mit 3 Stimmen Differenz abgelehnt) – und eine Reihe weiterer Alternativen. Die Verzögerungen zwangen Großbritannien zur Teilnahme an der Wahl zum Europaparlament am 23. Mai. Auch diese Wahl brachte aber keine Entscheidung, weil die hauptsächlichlichen Gewinner die beiden Parteien mit polaren Positionen waren: die Liberaldemokraten und die Brexit Party. Es folgte der Rücktritt der Premierministerin und die nur durch die Mitglieder der Conservative Party vorgenommene Auswahl eines neuen Premierministers, eine Personalentscheidung, die aufgrund der niedrigen Mitgliederzahl der Konservativen

---

<sup>6</sup> In anderen politischen Systemen kann dies als ein grundlegendes Problem erachtet werden. Am 10. April 2019 annullierte das Schweizer Bundesgericht ein Referendum aus dem Jahr 2016 (Thema „Heiratsstrafe“, d. h. steuerliche Benachteiligung von Ehen), weil den Wählern zum Zeitpunkt der Abstimmung nur unzureichende und teilweise falsche Informationen zur Verfügung gestellt worden waren.

Partei nur auf wenig mehr als 100.000 Stimmen beruhte. Der Mitgliederentscheid führte zum Sieg von Boris Johnson, dessen Agenda sich hauptsächlich auf die postulierte „Unumkehrbarkeit“ des Brexit-Referendums von 2016 konzentrierte. Mit der sehr einfachen Position „Get Brexit done“ gewann Johnson die Parlamentswahlen im Dezember 2019. Damit waren die Diskussionen beendet und das Vereinigte Königreich hat die EU am 31. Januar 2020 verlassen. Am Ende kann man nicht konstatieren, dass die Basis für diese Entscheidung ein Mehrheitswillen des Souveräns war. Die Brexiters hatten den Vorteil der Entschiedenheit und der Bedenkenlosigkeit (im Referendum). Die ‚Europäer‘, vermutlich an den meisten Tagen eine Mehrheit der Bevölkerung des Landes, hatten das Unglück, dass sie im britischen Parteiensystem nie eine adäquate Repräsentation gefunden haben: Da war die Schwäche von David Cameron, dem es nach eigentlich erfolgreichen Verhandlungen mit der EU nicht gelang, seine Partei von diesem Erfolg zu überzeugen; die temporäre Hybris der Liberaldemokraten, die nach der erfolgreichen Europawahl damit spielten, nach der Parlamentswahl vom Dezember 2019 (die sie erfolgreich zu gestalten dachten) das Austrittsreferendum ohne eine zweite Abstimmung zu revozieren; schließlich die bizarre trotzistische Führung der Labour Party, die in Abkehr von internationalistischen Positionen vielleicht auf einen „Sozialismus in einem Land“ hoffte. Demgegenüber waren es die Entschiedenheit und die Rücksichtslosigkeit eines Nigel Farage und Boris Johnson, die im Resultat das Vereinigte Königreich aus der EU geführt haben.

Auch wenn in dem hier skizzierten Beispiel die Verfechter der Irreversibilität gewonnen und zudem die Problematik von Referenden offen gelegt haben, ist im Gegenzug einmal mehr zu betonen, dass eine Demokratie ein politisches System ist, das Entscheidungen trifft, die reversibel sind. Die Abgeordneten können Gesetze ändern, die Regierung ersetzen und eine Volksabstimmung rückgängig machen, zumindest nach einiger Zeit und auf der Grundlage neuer Informationen. Daher ist die Kombination von Entscheidungen, die (1) auch für Gegner der getroffenen Entscheidung verbindlich sind und (2) nach einiger Zeit wieder rückgängig gemacht werden können, eine der zentralen Institutionen der Demokratie.

Autoritäre politische Systeme unterscheiden sich nicht in der grundsätzlichen Bedeutung kollektiv bindender politischer Entscheidungen. In dieser Hinsicht lassen sich kaum Unterschiede feststellen. Allerdings unterscheiden sich Autokratien hinsichtlich der Reversibilität von Entscheidungen. Während es in Demokratien fast immer einen Mechanismus gibt, um das Personal in allen Leistungsrollen zu ersetzen (Rücktritt, Entlassung, Misstrauensvotum, Amtsenthebung), Parlamente zu erneuern (Auflösung des Parlaments) und Gesetze zu ändern oder aufzuheben (verfassungsrechtliche Normenkontrolle, Novellierung), gibt es in Autokratien nur wenige dieser Mechanismen. In einem autoritären System wird die Rücknahme wichtiger Entscheidungen in der Regel als schwere



Krise angesehen. Daher versuchen Autokraten, solche Umkehrungen zu verhindern oder sie bemühen sich nach Kräften, sie als eine Art raffinierte Anpassung an veränderte, exogene Umstände darzustellen – ohne zuzugeben, dass sie ihre frühere Entscheidung als unangemessen oder unwirksam erkannt haben.

Eine der kritischsten Fragen in Autokratien ist das Nachfolgeproblem. Den meisten Autokratien gelingt es nie, eine relativ geordnete Nachfolgeregelung für die hauptsächlichen Leistungsrollen zu schaffen. Selbst China, ein Land, das eine solche Regelung in den letzten Jahren erreicht zu haben schien, in Übereinstimmung mit der Prämisse, dass die Partei viel wichtiger ist als jede Person, die sie repräsentiert, scheint sich im Moment (zumindest an der Spitze) von einer geordneten Nachfolgeregelung wieder zurückzuziehen.

In Bezug auf politische Programme und Gesetze gibt es eine interessante Alternative zur Reversibilität, die als realisierte Alternative im gegenwärtigen China zu beobachten ist (vgl. Ahlers 2014). Die Vorgehensweise besteht in der Verabschiedung von Gesetzen und politischen Programmen, die in einer hochgeneralisierten Sprache formuliert sind. Sobald diese generalisierten Programme und Gesetze in den Regionen und Provinzen Chinas implementiert werden, entstehen zahlreiche lokale und regionale Spezifikationen, die man legitimerweise als Konkretisierungen interpretieren kann. Diese legislative Strategie kann als experimentelle oder evolutionäre Politikgestaltung interpretiert werden und damit als ein politischer Prozess, der Flexibilitäten und Lernmöglichkeiten aus vielfältigen Erfahrungen sichtbar macht, die in den stärker durch präzise gesetzliche Regulierungen bestimmten politischen Prozessen demokratischer Länder in dieser Weise nicht verfügbar sind.

## V Soziale Kontrolle durch Recht

In politischen Systemen ist es möglich, politische Entscheidungen rückgängig zu machen, indem die gleiche Frage ein zweites Mal entschieden wird. Eine andere Möglichkeit ist die Kontrolle politischer Entscheidungen durch das Recht. Die Kontrolle durch Recht ist eine Möglichkeit, die Konsistenz von Entscheidungen zu prüfen, indem man sie mit dem Korpus anderer Entscheidungen vergleicht, die zu früheren Zeiten in demselben oder anderen relevanten politischen Systemen getroffen worden waren. In der Weltgesellschaft der Gegenwart können Systeme Entscheidungen oft nicht nur durch den Vergleich mit nationalem Recht, sondern auch durch den Vergleich mit Regeln und Statuten des internationalen Rechts kontrollieren, und beteiligte Akteure können dann internationale Gerichte anrufen, um Unrecht zu korrigieren.

In Demokratien hat sich diese Praxis der Kontrolle von Entscheidungen und normativen Strukturen durch das Recht in den letzten Jahrzehnten ausgeweitet. Diese Praxis wird nicht mehr nur von politischen Institutionen und Rechtsexperten sowie von Verfassungsgerichten und anderen Gerichten als Kontrollmechanismus genutzt. Vielmehr wird die Praxis zunehmend von einzelnen Bürgern und Nichtregierungsorganisationen eingesetzt, die als Aktivisten für politische Veränderungen kämpfen und das Recht als ein Instrument unter anderen wahrnehmen, um gesellschaftspolitischen Wandel zu bewirken<sup>7</sup>. In vielen Ländern – in den Vereinigten Staaten vielleicht mehr als in anderen – ist die Prozessführung zu einer Strategie geworden, mit der versucht wird, einen politischen Wandel in Bereichen (z. B. Waffenkontrolle, reproduktive Rechte) zu bewirken, in denen legislative Reformstrategien vielfach gescheitert sind.

Die Möglichkeit, das Recht als Instrument zur Kontrolle der legalen Ausübung politischer Macht zu nutzen, erfordert die Einrichtung einer Justiz, die eine eigenständige Institution ist und nicht länger eine politische Institution darstellt. Die zunehmende Autonomie und Entpolitisierung der Justiz war ein wichtiger Teil der demokratischen Revolution, die Ende des 18. Jahrhunderts begann (Wood 2009, Kap. 11). Die Entstehung einer autonomen Justiz ist mit der politischen Auswahl von Richtern vereinbar, aber nach ihrer Ernennung sollten diese Richter auf Lebenszeit im Amt bleiben können und es sollte keine Möglichkeit geben, sie abzurufen (abgesehen von einem Amtsenthebungsverfahren). Dies ist ein sehr heikler Punkt, und es lässt sich leicht beobachten, dass in den meisten Fällen, in denen autoritäre Populisten in jüngster Zeit versucht haben, die rechtliche Kontrolle der politischen Machtausübung einzuschränken, die jeweiligen Regime an der Auswahl und den Amtszeiten der Richter herumgepfuscht haben (vgl. zahlreiche Beispiele in Levitsky/Ziblatt 2018).

Autoritäre Regime unterscheiden sich vor allem im Hinblick auf den gerade genannten Punkt. Sie verfügen in den relevanten Hinsichten (Auswahlverfahren, Amtszeit, Berufungsverfahren) nicht über eine autonome Justiz. Stattdessen wird die Justiz zu einem Teil der Macht der Exekutive. Das Gesetz und die Justiz sind noch immer ein Instrument der sozialen Kontrolle (vgl. Hurst 2018). Aber sie kontrollieren nicht in erster Linie die Rechtmäßigkeit der Machtausübung, sondern sie sind ein Instrument zur Kontrolle der Bürger, das zwischen gesetzestreu und nicht gesetzestreu Bürgern unterscheidet. Eine Kontrolle dieser Art findet prinzipiell in jedem System statt, und die Frage der Gesetzestreue der Bürger ist auch in demokratischen Ordnungen ein wichtiger Aspekt. In autokratischen Regimen

---

7 Sehr interessant am Beispiel des Einklagens von Rechten für LGBTI-Populationen vor internationalen Menschenrechtsgerichtshöfen (Ranke 2021).

wird die Kontrolle der Bürger jedoch oft zur primären Funktion des Rechts und schafft Asymmetrien zwischen Handlungen der Normalbürger, die routinemäßig durch das Recht kontrolliert werden, und Handlungen autokratischer Eliten, die nahezu unkontrollierbar sind – Asymmetrien, die den autokratischen Charakter autoritärer Ordnungen prägen.

## VI Varianten der Demokratie

### 1 Was ist Demokratie und welches sind ihre Eigenwerte?

Eine Demokratie ist eine autonome politische Sphäre, die sich auf ihre Eigenwerte gründet und mehr auf individueller als auf kollektiver politischer Inklusion ruht. Zusätzlich zu ihren Eigenwerten toleriert eine Demokratie außerpolitische oder nichtpolitische Werte, die in den anderen Funktionssystemen der Gesellschaft zu finden sind (z. B. wirtschaftliche Werte, religiöse Werte), und passt sich ihnen an. Wir haben dieses Thema bereits erörtert (s. o. Teil III): Eine Demokratie ist ein kognitiv offenes, werteempfangendes und werteverarbeitendes System. Sie ist ein gesellschaftsbeobachtendes System, das dazu neigt, sich nicht in die Diversität und die Konflikte in anderen Funktionssystemen (z. B. Religion, Erziehung) einzumischen. Stattdessen formuliert sie Probleme, für die sie eine politische Zuständigkeit sieht und die sie deshalb als Aufgaben der Politik reformuliert. Schließlich schafft sie Rechtsnormen auf der Basis von Veränderungen in anderen Funktionssystemen (z. B. Intimbeziehungen, Familien).

Welches aber sind die demokratischen Eigenwerte? Aus der Geschichte anderer Funktionssysteme, wie Kunst und Wissenschaft, kennen wir selbstreferentielle und tautologische Wertformeln wie „l'art pour l'art“ (Benjamin Constant 1804; vgl. Wilcox 1953) oder „science for science's sake“ oder „pure science“ (Stichweh 2007). Diese tautologischen Eigenwerte waren immer umstritten, weil viele Beobachter sie als Zelebrierung einer Selbstgenügsamkeit ohne gesellschaftliche Relevanz interpretierten. Allerdings begründeten und bekräftigten diese Wertaussagen oft die funktionale Autonomie einer gesellschaftlichen Sphäre am historischen Beginn der funktionalen Differenzierung in der Gesellschaft des späten 18. und frühen 19. Jahrhunderts. In der Geschichte demokratischer politischer Systeme ist unseres Wissens kein vergleichbarer tautologischer Eigenwert (vgl. aber Sen 1999 zu Demokratie als Wertprinzip) in Gebrauch gewesen. Seit Beginn der Moderne wurde die aktive Beteiligung an der Politik in der Regel nicht als ein inhärenter Wert an sich verstanden (anders war es in den aristokratischen Systemen des vormodernen Europas; vgl. Pocock 1975). Diese Differenz zwischen

Politik und anderen Funktionssystemen kommt wahrscheinlich daher, dass diejenigen, die tautologische Selbstbestätigungen der entstehenden Funktionssysteme formulierten, zumeist Elitenwerte schufen. Es waren Werte einer noch kleinen funktional ausdifferenzierten Sphäre. Aber ein demokratisches Gemeinwesen ist von vornherein kein Elitensystem. Das demokratische Gemeinwesen leitet sich vollständig aus der Selbstorganisation und Selbstbestimmung der demokratischen politischen Kollektivität ab, die auf der universellen Einbeziehung aller Mitglieder des Volkes/der Nation beruht. Diese Begriffe sind vermutlich die zentralen politischen Eigenwerte und es ist dieser gesellschaftliche Universalitätsanspruch der Einbeziehung eines jeden, der die demokratische Politik dominiert, und nicht die selbstvergessene Versenkung in das politische Leben als totale Lebensform. Die totale Absorption durch das politische Leben war ein vormoderner gesellschaftlicher Wert und verträgt sich nicht mit der Vielfalt der Engagements in einer funktional differenzierten Gesellschaft.

Es besteht ein eindeutiges Spannungsverhältnis zwischen dieser Vielfalt differenter Engagements unter den Bedingungen funktionaler Differenzierung und der universellen Inklusion in einem demokratischen politischen System. Für das politische System muss die universelle Inklusion „real“ sein. Es reicht nicht aus, dass diese Inklusion eine hypothetische oder ferne Möglichkeit ist, die nur selten realisiert wird. Ebenso wenig kann die Inklusion aber eine einen jeden streng bindende Verpflichtung sein. Stattdessen ist in einer liberalen Demokratie auch die Freiheit selbstverständlich, die darin besteht, dass man im Allgemeinen der Leistungsfähigkeit der Demokratie, in der man lebt, vertraut, und sich deshalb nicht zur Stimmabgabe bei einer Wahl verpflichtet sieht. Die demokratische Ordnung ist eine liberale Ordnung, die nicht gegen diejenigen diskriminiert, die im jetzt gegebenen Moment andere Prioritäten haben.

## 2 Demokratie praktizieren

Die Mitglieder sind nicht verpflichtet, sich an den Institutionen und Prozessen einer Demokratie zu beteiligen, sie können sich aber jederzeit für eine Teilnahme entscheiden. Das ist es, was mit „praktizierter Demokratie“ gemeint ist – dass es neben den Eigenwerten und permanenten Institutionen und Prozessen immer die Möglichkeit gibt, aus dem passiven Bürgerstatus (citizenship) zur aktiven Beteiligung zu wechseln (vgl. Anderson 2000). In mancher Hinsicht gibt es in der Politik keinen „kumulativen Vorteil“ für diejenigen, die schon lange dabei sind.<sup>8</sup> In prakti-

---

<sup>8</sup> Zum „kumulativen Vorteil“ siehe DiPrete/Eirich (2006).

scher Hinsicht existieren zweifellos Vorteile, die auf der Erfahrung und der Anzahl der „sozialen Beziehungen“ beruhen, die eine Person über die Zeit gesammelt hat. Diese Vorteile werden jedoch nicht durch Normen gestützt, und die Geschichte der populistischen Neulinge zeigt, wie schnell Einzelne in ein demokratisches System eindringen und unter günstigen Umständen Einfluss gewinnen können. Zu diesen sozialen und zeitlichen Gesichtspunkten, die verlangen, dass jeder jederzeit in ein politisches System eintreten und dann intervenieren kann, tritt der sachthetische oder materielle Aspekt hinzu, der besagt, dass jedes Thema, jede Angelegenheit oder jedes soziale Problem Gegenstand demokratischer Praxis werden kann. Dieser Umstand stimmt mit dem Argument überein, dass es keine gesellschaftlichen Probleme gibt, die von Natur aus politisch sind, dass vielmehr eine situativ-historische Logik regiert, die soziale Probleme unaufhörlich in das politische System transferiert und parallel zu diesen Ausweitungen andere Themen entpolitisiert, die damit anderen Organisationen und Funktionssystemen in der heutigen Gesellschaft überlassen werden. Schließlich gibt es einen Lernaspekt in der Praxis der Demokratie. Der Einzelne lernt, was Demokratie ist, indem er Demokratie praktiziert. Die Einzelnen müssen kreativ sein, nicht nur in Bezug auf politische Maßnahmen und Lösungsvorschläge, sondern auch in Bezug auf die Art und Weise, wie sie an Problemen arbeiten und für Standpunkte argumentieren, für die sie Einfluss mobilisieren wollen. Demokratie ist ein experimentelles Unterfangen, und es ist dies sowohl in Bezug auf die politischen Prozesse als auch in Bezug auf die inhaltlichen Fragen, die in den Prozessen verhandelt werden.

### 3 Kontingenz und Demokratie

Eines der eindeutigsten Kennzeichen von Demokratie ist Kontingenz. In einer Demokratie kann (fast) alles geändert werden. Alle Strukturentscheidungen sind kontingent, selbst Grundstrukturen einer Demokratie (z. B. der Wechsel von einem parlamentarischen zu einem präsidentialen System). Außerdem kann man Normen und Werte ändern und es ist möglich, Personen in Elitepositionen zu ersetzen. Nur die Eigenwerte (Selbstorganisation, Selbstbestimmung, universelle Inklusion) müssen gleichbleiben. Diese radikale Kontingenz der Demokratie ist der Grund, warum Demokratien immer gefährdet sind. Sowohl in historischen als auch in gegenwärtigen politischen Systemen ist es normal, dass Demokratien damit leben, dass 20 bis 30 % der Wählerschaft mit Bewegungen und Parteien sympathisiert, die radikal antidemokratisch sind (sehr interessant dazu Levitsky/Ziblatt 2018). Außerdem muss man in einer Demokratie immer kooperativ sein, man muss Kompromisse eingehen und mit Parteien zusammenarbeiten, für die man wenig Sympathien hegt. Zugleich hängt viel davon ab, dass man einen intu-

itiven Begriff von der Grenze hat, die man ziehen muss, um an irgendeiner Stelle zu sagen, dass man mit einer der Parteien nicht kooperieren wird, weil von dieser eine Gefahr für die Demokratie selbst ausgeht. Für diese Entscheidungen gibt es keine absolute Gewissheit, sondern nur ein Wissen, das man sich angeeignet hat, indem man lange Zeit Demokratie praktiziert hat und durch diese Beteiligung gelernt hat, wo die Grenze zu ziehen ist, an welchem Punkt man unerschütterlich an Prinzipien festhalten muss, wo man doch zuvor zu vielfältigen Kompromissen bereit war.<sup>9</sup>

#### 4 Der Raum der sozialen Systeme – der Raum des politischen Systems

Um die Vielfalt demokratischer und autoritärer politischer Regimes in der Welt des frühen 21. Jahrhunderts zu untersuchen, benutzen wir im Folgenden das AGIL-Paradigma von Talcott Parsons als ein analytisches Instrument (Parsons 1967; 1977; 1978; Parsons/Platt 1974). Dabei verfolgen wir weder die Absicht noch gibt es eine Notwendigkeit, starke Behauptungen über die Universalität von AGIL als die allen sozialen Systemen zugrunde liegende Logik aufzustellen. Vielmehr führen wir dieses analytische Werkzeug nur als heuristisches Instrument ein, das uns helfen soll, die Varianten und Alternativen zeitgenössischer demokratischer und autoritärer Regime zu strukturieren und besser zu verstehen.

<b>L</b> Aufrechterhaltung latenter Muster – die Kultur des Systems	<b>I</b> Integration von Kollektiven
Aktive Anpassung an Umwelterfordernisse <b>A</b>	Zielerreichung – Auswahl und Vermittlung unter diversen Interessen <b>G</b>

**Abbildung 1:** Vier funktionale Imperative in politischen Systemen

<sup>9</sup> Eine gute Illustration einer solchen Entscheidung findet sich in der Erklärung, in der Joe Biden seine Kandidatur für die amerikanische Präsidentschaft ankündigte. Biden erläuterte seine Motivation mit dem Verweis auf jenen Tag im Jahr 2017 (27. August), an dem Donald Trump eine Demonstration weißer Suprematisten in Charlottesville, Virginia, ausdrücklich verteidigte.

Beim Studium politischer Systeme und der Institutionen und Prozesse, aus denen sie bestehen, gibt es vier funktionale Bedarfe, die zu jedem Zeitpunkt erfüllt werden müssen. Erstens muss sich das System an die Anforderungen der Umwelt anpassen (A-Funktion = Adaptation). Dabei geht es, wie Talcott Parsons immer wieder betont hat, um eine aktive Bewältigung der Umwelt, die eine Fähigkeit des politischen Systems voraussetzt, die entsprechenden Probleme zu identifizieren und zu definieren. „Umwelt“ ist hier ein verallgemeinerter Begriff, der sowohl die innergesellschaftlichen Umwelten des politischen Systems – beispielsweise Wirtschaft und Religion – als auch die nichtsozialen natürlichen Umwelten umfasst. Wenn ein politisches System durch „Responsivität“ definiert wird, bezieht sich dieser Begriff in erster Linie auf die A-Funktion.

Die zweite Funktion, für die Parsons den Begriff „Goal-Attainment“ (G) prägte, steht im Zentrum dessen, was als „Politik“<sup>10</sup> verstanden wird. Es gibt eine Vielzahl von Interessen und eine Vielzahl von Interessenartikulationen, und als G-System wählt ein Gemeinwesen aus dieser Vielzahl von Möglichkeiten, die von den Teilnehmern ins Spiel gebracht werden, aus und geht den Weg von der Beratung alternativer Möglichkeiten zum Treffen kollektiv bindender Entscheidungen. Das klassische politische Konzept der „Repräsentation“ ist eng mit diesem Verständnis der G-Funktion verbunden.

In einer dritten Hinsicht gibt es in jedem Land eine Vielzahl sprachlicher, ethnischer, religiöser, regionaler oder statusbezogener Gemeinschaften (z. B. Kasten im Falle Indiens). Die Koordinierung und Integration dieser verschiedenen und oft miteinander in Konflikt stehenden Gemeinschaften, die im selben Land zusammenleben, kann in gewisser Weise als eine Kernaufgabe des politischen Systems angesehen werden. Parsons nannte diese Funktion „Integration“ (I), und dies ist ein dritter zwingender Schwerpunkt des Aufbaus von Institutionen und Prozessen in einem politischen System.

Viertens stellt sich die Frage, ob Werte und Kultur als hochgradig generalisierte Muster funktionieren, die die Entstehung konkreterer Normen und Institutionen anleiten und gestalten. Diese Werte und kulturellen Semantiken haben wahrscheinlich einen anderen Lebenszyklus als die fluideren Elemente der Sozialstruktur. Sie können sogar fort dauern und überleben, wenn man zugleich den Eindruck haben könnte, dass sie im täglichen Geschehen eines politischen Systems nicht mehr sichtbar sind. Diese Persistenz trotz relativer Unsichtbarkeit ist der Grund, warum Parsons von Latenz und latenten Mustern gesprochen

---

**10** An dieser Stelle müsste im Prinzip der englische Begriff „politics“ stehen, der die parteipolitischen Auseinandersetzungen und andere organisierte und nicht organisierte Interessenartikulationen bezeichnet und nicht das gestaltende Handeln des Staates. Für diesen Begriff gibt es kein gutes Äquivalent im Deutschen.

hat (L). Für das politische System (wie auch für andere Funktionssysteme) fungieren Werte und Kultur normalerweise als ein Hintergrund, der im Alltagsgeschehen nicht ohne weiteres erkennbar ist.<sup>11</sup> Zugleich aber gibt es andere Fälle oder Situationen in politischen Systemen, in denen die Frage der Aufrechterhaltung oder Diskontinuierung dieser latenten Muster in den Vordergrund des politischen Handelns und der Institutionenbildung rückt.<sup>12</sup> Immer dann, wenn dies der Fall ist, können wir von einem Primat der L-Funktion in dem jeweiligen politischen System sprechen.

Unsere Interpretation dieses Vier-Funktionen-Paradigmas folgt Parsons, indem sie postuliert, dass alle diese Funktionen zu jeder Zeit in jedem politischen System relevant sind. Die von den vier Funktionen formulierten zentralen Aspekte sind so grundlegend, dass sie in keinem politischen System jemals vollständig an Relevanz verlieren werden. Allerdings gibt es wechselnde Vorrangstellungen unter diesen vier Funktionen, und diese wechselnden Vorrangstellungen sind ein gutes Instrument, um die Differenzierung der Typen demokratischer Regimes und die Differenzierung der Typen autokratischer Regimes zu untersuchen.

## 5 Varianten demokratischer Regimes

Wendet man das gerade vorgestellte Parsonianische Paradigma auf demokratische Regimes in der gegenwärtigen Welt an, ergibt sich eine Konstellation von vier Varianten, die auf den ersten Blick einigermaßen heterogen erscheint, wobei einige klare Grenzen sichtbar werden.

Politiken („policies“) sind ein sehr auffälliges Merkmal der heutigen politischen Welt, und die Bevorzugung von Politiken gegenüber Ideologien reicht manchmal über die Grenze hinaus, die demokratische von autoritären Regimes trennt. Politiken sind anpassungsfähig. Sie versuchen Probleme zu lösen, die die Politik als Probleme sieht und die mit Anforderungen und Notwendigkeiten inner- und außergesellschaftlicher Umwelten zusammenhängen. Man kann in einem politischen System ein Problem nach dem anderen abarbeiten, ohne eine umfassende Vision zu benötigen. Politiken und die Diagnosen, auf denen

---

**11** Der Stellenwert des Wahrheitsbegriffs im Wissenschaftssystem, der in der laufenden Kommunikation des Wissenschaftssystems nur noch eine kleine Rolle spielt, ist vermutlich ein gutes Beispiel eines latenten Musters oder Wertes.

**12** Die gegenwärtigen Diskussionen über eine neue Verfassung für Chile sind ein interessanter Fall, der die Bedeutsamkeit dieser Ausnahmesituationen sichtbar macht. Der erste Entwurf ist im Referendum am 4. September 2022 gescheitert, aber alle Beteiligten wissen, dass es einen zweiten Entwurf geben muss.



<b>L</b>	<b>I</b>
Demokratie, die auf Eigenwerten ruht; direkte Demokratie, Demokratie die in einer Verfassung fundiert ist (Herrschaft des Rechts und hohe Signifikanz der Verfassungsgerichtsbarkeit)	Multikulturelle Demokratie; wechselseitige Integration der Gemeinschaften, die Teil des politischen Systems sind
Demokratie, die an effektiven Politiken (policies) orientiert ist und bei der die Effizienz des Regierens im Vordergrund steht; Responsivität als Leitwert und große Bedeutsamkeit von Expertenkulturen	Liberale Demokratie; Repräsentation von multiplen, divergierenden Interessen, Konzentration auf eine Selektivität, die kollektiv bindendes Entscheiden vorbereitet
<b>A</b>	<b>G</b>

**Abbildung 2:** Das Vier-Funktionen-Paradigma für Typen demokratischer Systeme

sie beruhen, können partikulär sein. Politiken brauchen Experten, und politikintensive Regimes sind in der Regel von Expertenkulturen durchdrungen. Auf der demokratischen Seite können die skandinavischen politischen Systeme als diesem adaptiven Quadranten des Raums der politischen Varianten nahestehend verstanden werden (Sejersted 2011).

Ein alternatives Verständnis der primären Aufgabe eines politischen Systems ist, dass es eine Art Entscheidungsmaschine ist. In einem modernen politischen System, in dem jedes Individuum und jede Gruppe ihre Interessen frei artikulieren kann, gibt es eine immense Vielfalt an Interessen. Die Hauptaufgabe der politischen Institutionen besteht dann darin, als Selektor zu fungieren, der die Optionen identifiziert und dann Entscheidungen und schließlich Sequenzen von Entscheidungen trifft, die eine möglichst breite Unterstützung finden und eine Mehrheit der Inklusionsadressen im jeweiligen politischen System zufriedenstellen. In einem politischen System, das auf diese Weise funktioniert, wird eine zentrale Frage immer lauten: Wie werden die Interessen von Minderheiten wahrgenommen? In einer hinreichend vielfältigen Gesellschaft wird die Antwort in der Regel lauten, dass eine Gruppe/eine Person nur in bestimmten Fragen zu einer Minderheit gehört und in Bezug auf andere politische Fragen Teil einer Mehrheit ist, deren Forderungen erfüllt werden. Eine zusätzliche Möglichkeit besteht dann darin, dass die Interessen von Minderheiten durch bestimmte Mechanismen geschützt werden. Einem solchen Vorgehen sind aber Grenzen gesetzt. Eine Entscheidung wird immer einige Teilnehmer und Gruppen bevorzugen, auch wenn

in diese Entscheidung Aspekte eines Kompromisses eingebaut sind. Es gibt keine Lösung, die für alle Seiten gleichermaßen befriedigend ist. Die fatale Brexit-Entscheidung wurde getroffen, indem die Frage der Form der Beteiligung des Vereinigten Königreichs an der EU als finale Mehrheits-/Minderheitsentscheidung (und nicht als Suche nach politischen Handlungsspielräumen für bestimmte Politiken) betrachtet wurde. Unter Prämissen dieses Typs wird es immer Gewinner und Verlierer geben – das sind die inhärenten Kosten eines demokratischen politischen Systems, das sich für das Primat der G-Funktion entscheidet.

Die dritte demokratische Option ist die multikulturelle Demokratie (Primat der I-Funktion). Wenn man die I-Funktion bevorzugt, versteht man die politische Gemeinschaft (Nation, Volk) als eine, die aus einer Vielzahl von Untergemeinschaften (religiös, ethnisch, sprachlich usw.) besteht. Es geht dann um die Schaffung von Institutionen, die die einzelnen Gemeinschaften miteinander integrieren. Diese Integration löst Unterschiede und Grenzen nicht auf – und will dies auch gar nicht –, sondern strebt nach integrativen Ideen und Strukturen. Integration bedeutet in der Regel, dass man eine gewisse Reduktion des Raums der von einem beanspruchten Verhaltensalternativen in Kauf nimmt, um die eigenen Alternativen mit den Verhaltensräumen der anderen Gemeinschaften/Teilnehmer kompatibel zu machen (Luhmann 1995). Eine I-Demokratie produziert nicht notwendigerweise „Verlierer“, wie dies beim Primat der G-Funktion der Fall ist. Einer ihrer Nachteile ist jedoch, dass sie – bis zu einem gewissen Grad – die Teilnehmer in Gemeinschaften einschließt oder sogar einsperrt, mit denen sie vielleicht nicht exklusiv verbunden sein möchten. Daher steht diese Option nicht ganz im Einklang mit der individualistischen Kultur der modernen Demokratie. Stattdessen ist dieser Option ein gewisser Kollektivismus inhärent, und mit dem Kollektivismus kommt eine Affinität zum Autoritarismus. Daher besteht, wie bei jeder der vier Alternativen in unterschiedlicher Weise, die Wahrscheinlichkeit des Übergangs von einer multikulturellen Demokratie zu einer Autokratie, die sich im selben Quadranten (in diesem Fall dem I-Quadranten) ansiedelt

Der letzte Typus, den wir identifizieren, ist eine L-Demokratie. Die konstitutiven Werte oder Eigenwerte einer Demokratie sind für diesen Typus von entscheidender Bedeutung. Es gibt mehrere Varianten einer L-Demokratie. Eine davon ist die „direkte Demokratie“, die dem individuellen Recht auf Beteiligung an jeder Entscheidung und der „Selbstorganisation des demokratischen Kollektivs“ Vorrang einräumt und somit fast jede Entscheidung von einiger Bedeutung an die Möglichkeit einer Volksabstimmung bindet. Das politische System der Schweiz ist in unseren Tagen das paradigmatische Beispiel einer direkten Demokratie. In einer direkten Demokratie kann ein gewisser Anti-Legalismus entstehen, der jede Entscheidung auf den (oft durch eine Volksabstimmung dokumentierten) Willen des Volkes stützen will. Die Volksabstimmung ist erlaubt und erlangt Geltung in

einem nationalen Rechtssystem, und sie wird als gültig angesehen, auch wenn sie sich über die Menschenrechte oder das Völkerrecht hinwegsetzt. Dafür gibt es in der Schweiz Beispiele (z. B. im Jahr 2009 die Volksabstimmung über Minarette, die mit der Religionsfreiheit kollidiert). Darüber hinaus kann die direkte Demokratie den Rechts- oder Linkspopulismus und die dem Populismus innewohnenden autoritären Tendenzen fördern. Der Aufstieg der SVP (einer rechtspopulistischen Partei, die bei nationalen Wahlen einen Stimmenanteil von fast 30 % erreicht) in der Schweiz ist ein gutes Beispiel für diesen Effekt.<sup>13</sup>

Die andere Variante einer L-Demokratie basiert auf der rechtlichen oder verfassungsrechtlichen Auslegung der konstitutiven Prinzipien/Eigenwerte einer Demokratie. In diesem Fall ist das Grundprinzip, das radikalisiert wird, nicht der unmittelbare Wille des Volkes, sondern das rechtliche Denken hinter den konstitutiven Prinzipien. Länder, die sehr starke Verfassungsgerichte haben, wie die Vereinigten Staaten und Deutschland, können potenziell in diese Richtung tendieren. In den Vereinigten Staaten gab es in den letzten 200 Jahren bemerkenswert intensive Kämpfe um die Möglichkeit, Richter für den Obersten Gerichtshof zu ernennen. Dies begann 1801, als die föderalistische Mehrheit im Kongress nach der Wahl Thomas Jeffersons zum ersten „demokratischen“ Präsidenten der Vereinigten Staaten die Zahl der Richter am Obersten Gerichtshof von sechs auf fünf reduzierte, um dem neuen Präsidenten die Möglichkeit zu nehmen, einen Richter seiner Wahl zu ernennen (Wood 2009). Eine ähnliche Episode ereignete sich 2016, als sich die republikanische Mehrheit im Kongress weigerte, mit der Prüfung der Qualifikationen von Merrick Garland zu beginnen, der von Barack Obama für einen freien Posten am Obersten Gerichtshof nominiert worden war, als Obama nur noch zehn Monate im Amt des Präsidenten der Vereinigten Staaten verblieben (Levitsky/Ziblatt 2018). In gewisser Hinsicht hat ein Richter des Obersten Gerichtshofs, der auf Lebenszeit berufen wird, eine stärkere Machtposition und langfristige Gestaltungschance als der Präsident, der maximal acht Jahre im Amt ist, obwohl dieses Argument nur zutreffen kann, wenn der Supreme Court seinen Befugnissen eine extensive Auslegung gibt und dafür Folgebereitschaft findet.

---

**13** Die Schweiz ist einerseits eine I-Demokratie, weil alle bundesstaatlichen Institutionen auf die gleiche Berücksichtigung aller Sprachgemeinschaften ausgerichtet sind und das Personal entsprechend ausgesucht und geschult wird. Zugleich ist sie in den nationalen Referenden manchmal eine populistische L-Demokratie.

## VII Populismus, Personalismus und der Übergang zum Autoritarismus

In allen demokratischen Regimes – das haben wir sehr deutlich gemacht – besteht die Gefahr des Übergangs zu einer autoritären Variante. Es gibt einen Autoritarismus der Effektivität, der keinen Respekt vor denjenigen hat, die keine Wissensebenen sind; es gibt einen Autoritarismus politischer Mehrheiten, die keine Kompromisse mehr mit den abweichenden Präferenzen von Minderheiten eingehen wollen; es gibt einen Autoritarismus dominanter Gruppen, die in einer multikulturellen Situation keinen Ausgleich mehr suchen; und es gibt einen Autoritarismus demokratischer Wertprinzipien, die fundamentalistisch interpretiert werden. Ein demokratischer Grundsatz, der häufig fundamentalistisch ausgelegt wird, ist das Konzept des „Volkes“.

Eine politische Ideologie, die eine fundamentalistische Auslegung des Begriffs „Volk“ einführt, ist der „Populismus“. Wenn die Unterscheidung zwischen „dem Individuum“ und „dem Volk“ eine zentrale Unterscheidung moderner politischer Systeme ist, so beruht der Populismus eindeutig auf einer Präferenz für das Volk und für ein spezifisches Konzept des „Volkes“. Das „Volk“ des Populisten ist nicht eine Population von Individuen mit unterschiedlichen und divergierenden Interessen und Meinungen. Es ist nicht der Reichtum der Meinungsvielfalt, der den Populisten inspiriert, eine überzeugende Synthese zu finden, die diese Vielfalt ausgleicht. Stattdessen verstehen Populisten das Volk so, als hätte es mit einer Stimme gesprochen. Es wird als ein homogenes Volk ohne nennenswerte innere Vielfalt wahrgenommen. Neben dem Volk gibt es die Eliten, die irgendwann auf der Strecke bleiben werden. Sie sind, in einer polemischen Formulierung, die in der deutschen Politik zu hören ist, „die Altparteien“. Die Eliten sind nicht Teil des Volkes. In der Tat sehen Populisten die Eliten oft als Verräter, die gegen die Interessen des Volkes agieren.

Der feste Glaube an eine Art primäre Einheit und Wahrhaftigkeit des Volkes, das keine Bildung oder Information benötigt, sondern ein spontanes und angemessenes Bewusstsein für seine Wünsche und Bedürfnisse hat, kommt in einer Passage von Simon Bolivar zum Ausdruck, die Hugo Chavez häufig zitierte, unter anderem in seiner Antrittsrede von 2007:

Alle Individuen sind dem Irrtum und der Verführung unterworfen, nicht aber das Volk, das in besonderem Maße das Bewusstsein für sein eigenes Wohl und das Maß seiner Unabhängigkeit besitzt. Deshalb ist sein Urteil rein, sein Wille stark, und niemand kann es korrumpieren oder jemals bedrohen. (Hawkins 2010, 60)

Neben dem Volk, das der Populismus in einer essentialistischen Weise versteht, gibt es eine notwendige Ergänzung: die populistische Partei oder den populistischen Führer, der den Willen des Volkes artikuliert. Es liegt eine gewisse Logik darin, dass der populistische Führer keine Partei mit verschiedenen Interessen und Tendenzen ist, sondern eine einzige Person, die die angenommene Einheit des Volkes in der Einheit seines Bewusstseins repräsentiert. Der Führer kann dennoch ein Parteivorsitzender sein. In den meisten Fällen wird der Führer jedoch nicht in einem pluralistischen Wettbewerb innerhalb der jeweiligen Partei gewählt, sondern ist die einzige Person, die als möglicher Führer der Partei in Frage kommt. Bei dem Vorsitzenden handelt es sich häufig um einen Neuling ohne vorherige politische Laufbahn oder um einen Konvertiten aus einer anderen Partei, dessen Ansprüche auf den Status des Vorsitzenden auf einer Konversions-erfahrung beruhen. Das Fehlen von politischer Erfahrung und einer politischen Laufbahn spricht nicht gegen den Vorsitzenden. Vielmehr wird dies oft als Vorteil angesehen. Die Neuheit des Führers garantiert, dass er nicht durch die Misserfolge der alten Parteien belastet wird. Der Anführer ist oft Mitglied der gesellschaftlichen Eliten, aber wahrscheinlich eher der Eliten anderer Funktionssysteme (z. B. Wirtschaft, Erziehung, Religion) als der Politik.

Aus den gerade genannten Gründen ist Populismus oft mit Personalismus verbunden. Der beste populistische Führer ist eine charismatische Persönlichkeit, deren außergewöhnliche Qualitäten darin bestehen, den einheitlichen Willen des Volkes zu erfahren und zu vertreten. Die Rolleninterpretationen für den Anführer schwanken zwischen der Aufopferung für das Volk und der Rolle eines politischen Akteurs von außergewöhnlicher Wirksamkeit und Fähigkeit. Beide Eigenschaften können in ein und derselben Person vereint sein.

Wie sieht die Struktur des sozialen Raums zwischen dem populistischen Führer und dem Volk aus? Der beste Begriff, um diese Struktur zu beschreiben, ist vielleicht der der „Disintermediation“ (zum Konzept der Disintermediation siehe Berghel 2000). Dieses Konzept bedeutet, dass es fast keine „Medien“ oder „Vermittler“ zwischen dem Volk und dem populistischen Führer gibt: Populisten sind nicht für Parlamente, sie stellen sich gegen Experten, sie bekämpfen die traditionellen Medien und die von diesen vermittelten Nachrichten, sie ziehen als einheitlich unterstellte Interessen den „Interessengruppen“ vor, sie präferieren Volksabstimmungen gegenüber anderen Formen der Entscheidungsfindung und sie mögen in der Regel keine Verwaltungen und autonomen Expertenorganisationen. Allerdings haben sie oft eine starke Affinität zu digitalen Medien, weil dieses Format einen direkten, unvermittelten Kontakt zwischen dem/den populistischen Führer(n) und dem Volk ermöglicht. Donald J. Trump ist das beste Beispiel für diese moderne Form des Populismus – er hatte eine direkte, unvermittelte Beziehung zu seinen bis zu 80 Millionen Anhängern auf Twitter. Sein Regierungs- und

Wahlkampfstil war in erheblichem Maße ein Regierungs- und Wahlkampfstil, der sich auf Twitter stützte (Shear/Haberman et al. 2019). Narendra Modi in Indien agiert ähnlich.

Die Hypothese der Disintermediation macht einen klaren Weg vom Populismus zum Autoritarismus sichtbar. Populistische Regimes und ihre Anhänger haben starke Motive, intermediäre Institutionen zu schwächen und sogar abzuschaffen. Diese Motive ließen sich bei der Trump-Administration gut beobachten. Hier kam es zu einer Aushöhlung von Verwaltungen, einer Schwächung von Expertenorganisationen wie der Environmental Protection Agency (EPA) oder dem FBI, einer Verunglimpfung der Wissenschaft, einer Missachtung diplomatischer Kompetenzen, einer Anfechtung der Legitimität demokratischer Wahlen und einem massiven Kampf gegen kritische Nachrichtenmedien.

Diese Ereignisse und Veränderungen, die sich in einzelnen Demokratien vollziehen, sind zunächst kleine Schritte. Der Übergang von der Demokratie über den Populismus zum Autoritarismus ist in den meisten Fällen ein langsamer Prozess, bei dem die ersten Ereignisse und Eindrücke von Beobachtern in Richtungen weisen können, die am Ende nicht zwangsläufig den weiteren Weg bestimmen. Langfristig gesehen ist die Umkehrung dieser Entwicklung vielleicht das wahrscheinlichste Ergebnis. Der Personalismus der meisten populistischen Regimes macht es wahrscheinlich, dass das Nachfolgeproblem für den populistischen Führer zur Auflösung des populistischen Regimes führt. Es besteht ein großer Unterschied zwischen den Transformationsschritten, die zu einem populistischen Regime führen, und den Anforderungen, die für die langfristige Stabilität eines autoritären Regimes erfüllt werden müssen. Wir untersuchen diese Kluft im nächsten Schritt unserer Argumentation.

## VIII Varianten des Autoritarismus

### 1 Was ist Autoritarismus?

Autoritarismus bedeutet meist das Vorherrschen von Institutionen und Werten, die nicht verhandelbar sind. Solche Institutionen und Werte gibt es auch in Demokratien. Aber in Demokratien sind sie in erster Linie prozedural – das heißt, sie sind offen in den Ergebnissen, die sie hervorbringen –, während in Autokratien systembestimmende Institutionen und Werte Möglichkeitsräume schließen. Demokratie könnte man als die tägliche explorative Praxis ihrer Institutionen und Werte definieren; im Gegensatz dazu geht es im Autoritarismus um die Bestätigung und Stabilisierung ihrer an Institutionen und Werte gebundenen Grundprin-

zipien. Das schließt die Möglichkeit nicht aus, dass eine Autokratie viel flexibler sein kann, als dies bei vielen Demokratien der Fall ist, wenn es um die Alternative geht, entweder die aktuelle Politik fortzusetzen oder neue Politiken einzuführen. Der Grund dafür ist, dass es Autokratien gelingen kann, ihre Institutionen und Werte von ihrer Politik zu entkoppeln, während Demokratien ihre Politik unter den durch ihre Institutionen und Werte definierten Prämissen finden und festlegen müssen.

Wir haben bisher fünf zentrale Punkte erörtert, die für den Vergleich von autoritären Systemen und Demokratien wichtig sind: In Autokratien wird Inklusion (1) viel stärker als in Demokratien über Kollektive und die Stellung der Individuen realisiert, die ihnen teilweise von ihren Kollektiven zugewiesen wird. Die politische Gemeinschaft eines autokratischen Systems (einschließlich aller Kollektive und Individuen) hat die Tendenz (2), entweder die Unterordnung der konstitutiven Gemeinschaften anderer Funktionssysteme zu beanspruchen oder alternativ im Dienst eines anderen Funktionssystems zu handeln, das als noch wichtiger als das politische System angesehen wird. Der Autoritarismus hat die inhärente Tendenz, asymmetrische, hierarchische Beziehungen zwischen Funktionssystemen zu postulieren. In autoritären Systemen gibt es (3) oft Werte, die nicht kontingent und nicht verhandelbar sind und die für das jeweilige System einen bestimmenden Charakter haben. In einer Demokratie wird diese Position zentraler Werte primär von den prozeduralen Werten der Demokratie und von den Menschenrechten beansprucht, die Rechte der Inklusion in Funktionssysteme sind, d. h. von den Rechten auf Einbeziehung in die Funktionssysteme und den Rechten der Kompatibilität zwischen den verschiedenen Funktionssystemen und der Nichteinmischung in diese. In einer Autokratie (4) gibt es eine Tendenz, dass die einmal getroffenen Entscheidungen als irreversibel gedacht werden, weil anderenfalls das Ansehen des Entscheiders in Frage gestellt werden könnte, während in einer Demokratie die Möglichkeit der Umkehrbarkeit immer mitgegeben ist und einen Beweis für einen unaufhörlichen Suchprozess darstellt. Die Möglichkeit der Reversibilität erstreckt sich auch auf Entscheidungen über die Auswahl von Personen für Leistungsrollen. In einer Demokratie kann jeder aus jeder Leistungsrolle abberufen werden. In autoritären Systemen (5) wird das Recht als ein Instrument der Politik zur Kontrolle von Individuen und Kollektiven angesehen. Im Gegensatz dazu akzeptieren Demokratien die Autonomie des Rechts (wie auch die Autonomie anderer Funktionssysteme), und wird somit das Recht als willkommener Mechanismus zur Kontrolle der Machtausübung wahrgenommen. Das Recht ist nicht in erster Linie ein Instrument der Macht, sondern fungiert eher als eine Begrenzung der Macht.

## 2 Varianten autoritärer Regimes

Das allgemeine Bild eines autoritären Systems, das wir bisher gezeichnet haben, wird sehr viel differenzierter und wahrscheinlich auch interessanter, wenn wir das Parsonianische AGIL-Paradigma auch in die Analyse des Autoritarismus einführen. Die Analyse autoritärer Regime basiert auf denselben vier funktionalen Alternativen, die wir für die Analyse der Demokratie verwendet haben. Diese Entscheidung erscheint plausibel. In beiden Fällen müssen wir dasselbe globale Funktionssystem betrachten, das wir „World Polity“ nennen (vgl. Meyer 2010). Das weltpolitische System differenziert sich in Nationalstaaten, die entweder durch demokratische oder autoritäre Regimes gekennzeichnet sind. Die funktionale Differenzierung ist die Makrostruktur sowohl für demokratische als auch für autoritäre Gemeinwesen. Die allgemeinste funktionale Charakterisierung politischer Systeme – die Politik als ein System, das auf kollektiv bindende Entscheidungen spezialisiert ist und Macht als symbolisch generalisiertes Kommunikationsmedium einsetzt – unterscheidet nicht zwischen den beiden Regimetypen. Es ist daher in keiner Weise überraschend, dass sich die beiden Regimetypen in Bezug auf die Organisation von Differenzen in ähnlichen sozialen Räumen bewegen.

<b>L</b>	<b>I</b>
Vorrang letztgültiger Wert-Statements mit Bezug auf (Quasi-)Religionen (Religion und andere teleologische Weltdeutungen) – Theokratie, Ökofundamentalismus	Vorrangstellung einer Gemeinschaft über alle anderen Kollektive, die Teil des gleichen politischen Systems sind (Vorrang einer ethnischen Gruppe, aber auch Vorrang des Kollektivs über das Individuum)
Vorrang von Wissensbeständen, die für die Anpassungsfähigkeiten des politischen Systems als entscheidend gelten – Expertokratie, Technokratie, Meritokratie, Bürokratie	Vorherrschen einer bestimmten Entscheidungskompetenz: askriptiv (absolute Monarchie, Aristokratie), auf mutmaßlichem Volkswillen (autoritärer Populismus/Personalismus) oder auf militärischen Führungsstrukturen basierend
<b>A</b>	<b>G</b>

**Abbildung 3:** Das Vier-Funktionen-Paradigma für Typen autoritärer Systeme

Viele der autoritären Regimes, die wir beobachten, beruhen auf der Vorherrschaft von Werten. Es ist ein genereller Unterschied zwischen autoritären und demokratischen Regimes, dass sich autoritäre Systeme, die – außer dass manche von ihnen



frei von Wertbindungen sind – meist wertgesteuert sind, konsequenter durch die Unterschiede in den für sie grundlegenden Werten charakterisieren lassen.

Zum einen gibt es A-Autokratien, d. h. adaptive autoritäre Systeme, die ihre Grundlagen auf Wissenssysteme stützen, von denen sie glauben, dass sie entscheidend für ihre Anpassungsfähigkeit sind. Die Überzeugung, über eine überlegene Lern- und Anpassungsfähigkeit zu verfügen, ist in hohem Maße bestimmend für diese autoritären Systeme und verleiht ihnen ein Gefühl der Überlegenheit gegenüber demokratischen Systemen – China und Singapur sind gute Beispiele für diese aggressiv selbstbewussten Autoritarismen –, während demokratische politische Systeme gezwungen sind, allen demokratischen Systemen das gleiche relative Gewicht zu geben, unabhängig von der Art des in ihnen verfügbaren Wissens. Die Wissenssysteme, die von adaptiven Autokratien bevorzugt werden, sind vielfältig, aber es gibt eine gewisse Vorliebe für Formen der Gelehrsamkeit und der Wissenschaft, insbesondere für die Wissenssysteme der Ingenieure und Ökonomen (oft bezeichnet als „Technokratie“). Dieser adaptive Quadrant des politischen Raums wird fast nie von gesellschaftspolitischen Ideologien beansprucht. Andererseits ist die Vorliebe für Wissenssysteme und Wissenseliten in autoritären Systemen stärker ideologisch geprägt, als es in Demokratien aller Voraussicht nach jemals der Fall sein wird. Demokratien konzentrieren sich – wie wir oben dargelegt haben – auf die Politik und die Vielfalt der Politiken und haben eine pragmatischere Haltung gegenüber dem Wissen, das zur Erfindung und Umsetzung der jeweiligen Politiken erforderlich ist.

Während eine G-Demokratie ein System ist, das nicht in erster Linie nach einer fundierten „policy“ sucht, sondern immer versucht, Mehrheiten und Minderheiten zu finden und dann Entscheidungen trifft, die von einer Mehrheit getragen werden, ist der G-Autoritarismus ein System, das um starke Positionen und Rollen herum aufgebaut ist. Die Kompetenz, kollektiv bindende Entscheidungen zu treffen, wird denjenigen anvertraut, die diese privilegierten Positionen und Rollen innehaben. Es gibt keine wechselnden Mehrheiten, die sich von politischer Frage zu politischer Frage und von einer Wahl zur nächsten ändern, sondern es gibt fest etablierte Positionen für Entscheider, die das Recht besitzen, kollektiv bindende Entscheidungen als ihr ausschließliches Recht zu reklamieren. Der ultimative Entscheider kann ein absoluter Monarch oder Quasi-Monarch sein (Saudi-Arabien, Nordkorea), ein populistischer Führer, der seine Entscheidungen auf den mutmaßlichen Willen des Volkes stützt (Venezuela, Philippinen, Türkei), der Chef einer Partei in einer monopolistischen Situation (China, Kuba, Vietnam), ein militärischer Führer, der die Macht von zivilen Institutionen an sich reißt oder erhält (Ägypten, in früheren Jahrzehnten Lateinamerika und die Türkei, in gewissem Maße wieder Thailand), eine Person in einer zentralen Leistungsrolle eines anderen Funktionssystems, das als so gesellschaftlich kon-

stitutiv angesehen wird, dass die letzte Entscheidungskompetenz im politischen System einem Vertreter aus diesem anderen Funktionssystem übertragen wird (Iran).

Ein G-Autoritarismus kann eindeutig an einen A-Autoritarismus gekoppelt sein (China). Eine wichtige Implikation des Parsonianischen Paradigmas ist, dass die funktionalen Platzierungen der Regimes/Systeme im Vier-Funktionen-Raum nur Primate sind. Das heißt, bei den Charakterisierungen der politischen Systeme in diesem Aufsatz geht es um funktionale Schwerpunkte. In jedem politischen System kommen notwendigerweise alle vier Funktionen vor. Es gibt jedoch historische Tendenzen in politischen Systemen, die es ihnen in den meisten Fällen erlauben, sich auf eine (oder manchmal zwei) der funktionalen Ausrichtungen zu konzentrieren.

Die I-Funktion schafft die strukturelle Möglichkeit einer dritten Art des Autoritarismus. Wir haben bereits festgestellt, dass eine I-Demokratie ein System ist, das eine Vielzahl von Gemeinschaften in ein einziges multikulturelles demokratisches Gemeinwesen integriert. Selbst in Demokratien impliziert dies eine gewisse Tendenz zum Kollektivismus (und die Abschwächung des Individualismus) und damit eine leichte Affinität zum Autoritarismus. Diese Tendenz wird erheblich verstärkt, sobald sich die Beziehungen zwischen den (ethnischen, religiösen, regionalen, sprachlichen) Gemeinschaften in Richtung einer hierarchischen und diskriminierenden Ordnung verschieben, bei der eine oder mehrere dieser Gemeinschaften als näher zu den Kernwerten des Gemeinwesens wahrgenommen werden als die anderen Gemeinschaften. Eine solche Art einer hierarchisierenden Interpretation schafft erhebliche politische Ungleichheiten unter den Gemeinschaften, die mit einer universellen und gleichberechtigten Einbeziehung in Publikums- und Leistungsrollen nicht vereinbar sind, und begünstigt wiederum eine starke Bewegung in Richtung eines autoritären Regimes. In unseren Tagen wirft dieses Szenario hinsichtlich neuer, realer Beispiele eine wichtige Frage auf: Welche Konsequenzen ergeben sich aus der Tendenz etablierter Demokratien wie Indien und Israel, ihre jeweiligen politischen Gemeinschaften in einem ethnisch-religiösen Verständnis neu zu interpretieren?

Der letzte zu betrachtende Regimetyp ist ein L-Autoritarismus. Während eine L-Demokratie wenig wahrscheinlich scheint, weil die letztendliche Dominanz eines Wertkomplexes oder einer Ideologie nur begrenzt mit dem pragmatischen und experimentellen Geist vereinbar ist, der als charakteristisch für die demokratische Tradition angesehen werden kann, ist die Situation auf der autoritären Seite eine andere. Es gibt Religionen und Ideologien, die als teleologische Interpretationen der Welt dienen. Wenn diese Denksysteme als letztgültige Wertaussagen verstanden werden und in der gesellschaftlichen und politischen Kommunikation signifikanten Einfluss erlangen und Institutionen um diese Denksysteme

herum aufgebaut werden, kann eine von letztgültigen Wertaussagen kontrollierte Autokratie entstehen.

Natürlich kann die Entwicklung solcher ideologisch gesteuerten Autokratien („Ideokratien“; s. Backes/Kailitz 2015) sehr unterschiedliche Verläufe nehmen. In einigen Fällen hat die Dynamik ideologische Ursprünge, während in anderen Fällen autoritäre Systeme auf anderen Fundamenten errichtet worden sind (z. B. einer kommunistischen Partei und einer Familiendynastie, wie dies in Nordkorea der Fall ist) und die Ideologie (Juche im nordkoreanischen Fall; Fifield 2019) sekundär als strategisches Instrument der Stabilisierung des Regimes hinzugefügt wird.

## IX Die Zukunft von Demokratie und Autoritarismus in der Weltgesellschaft

In der gegenwärtigen Weltlage ist die Verteilung von Autokratien und Demokratien nahezu ausgeglichen. Die Zahl der Staaten, die als Demokratien aufgefasst werden können, ist ungefähr genau so groß wie die Zahl der Staaten, die als autokratisch bezeichnet werden können, und der Anteil der Weltbevölkerung, der von jedem Regimetyp regiert wird, liegt bei etwa 50%. Betrachtet man die beiden bevölkerungsreichsten Länder der Welt, so handelt es sich bei dem einen um eine stabile Autokratie (China), während das andere seit langem als erfolgreiche Demokratie gilt (Indien). Die indische Demokratie scheint jedoch durch den Hindu-Nationalismus gefährdet zu sein, der aus dieser I-Demokratie eine I-Autokratie machen könnte.

Die gegenwärtige Verteilung von Demokratien und Autokratien lässt keine Trends oder Tendenzen erkennen. Eine demokratische Welle ist nicht mehr wahrzunehmen, es gibt keine arabischen Frühlinge oder farbigen Revolutionen mehr. Es gibt jedoch einen Aufschwung, der in der Verteilung der Demokratien und Autokratien nicht auf den ersten Blick zu erkennen ist: *den Aufstieg rechtsnationaler Populismen*. Nicht alle von ihnen sind antidemokratisch, nicht alle werden erfolgreich sein und zu stabilen Autokratien werden. Solange dies jedoch ein signifikanter Trend in der heutigen Weltpolitik ist, scheint eine Prognose einleuchtend: Einige dieser Rechtspopulismen werden erfolgreich sein, und einige von ihnen werden einen Übergang zum Autoritarismus vollziehen. Daher ist es zum jetzigen Zeitpunkt einigermaßen plausibel, eine Verlagerung zu einer größeren Zahl von Autokratien zu prognostizieren.

Was ist die Ursache für diesen Trend? Ein Blick auf die aktuell dringenden und ungelösten Weltprobleme lässt erahnen, warum der Autoritarismus auf dem

Vormarsch zu sein scheint. Es gibt drei Weltprobleme, die man als die zentralen Probleme der heutigen Zeit bezeichnen könnte: Klimawandel, Ungleichheit und Migration. Alle drei verstärken potenziell die Tendenz der Länder, sich dem rechten Nationalismus zuzuwenden. Maßnahmen zum Klimawandel sind kostspielig und verlangen Opfer, einschließlich der Forderung nach einer Regulierung der individuellen Konsum- und Mobilitätspräferenzen. Es handelt sich um eine weltweite Politik, die nur dann eine Chance auf Erfolg hat, wenn alle Länder sie konsequent als solche handhaben. Sie provozieren jedoch eindeutig nationalistische Gegenreaktionen, die vorschlagen, die nationale Beteiligung an der globalen Klimapolitik einzustellen und nationale Vorteile zu suchen. Die Regierungen von Trump (in den Vereinigten Staaten) und Bolsonaro (in Brasilien) sind offensichtliche Beispiele dafür.

Die Zunahme der Ungleichheit in vielen Ländern der Welt seit den 1970er und 1980er Jahren ist ein zweiter wichtiger Trend (Atkinson 2015; Milanovic 2016; Piketty 2014). Diese Verschiebung hat zu einer politischen Polarisierung zwischen denjenigen geführt, deren Leben und wirtschaftliche Situation sich stetig verbessert, und denjenigen, die seit Jahrzehnten relativ und oft auch absolut an Boden verlieren. Es überrascht nicht, dass die benachteiligten Gruppen vor politischen Maßnahmen zurückschrecken werden, die nationale Opfer zur Erreichung der Klimaziele erfordern.

Drittens ist die weltweite Migration, die zum Teil durch wirtschaftliche Ungleichheit und die Unterdrückung sozialer Gruppen durch autokratische Regime ausgelöst wird, derzeit ein großes Problem. Wenn Migranten in Länder kommen, die bereits mit zunehmender Ungleichheit und unerwünschten Klimaschutzmaßnahmen konfrontiert sind, wird ihre Ankunft populistische, nationalistische und autokratische Tendenzen weiter verstärken.

Es gibt noch andere Probleme in der Welt, die zwar nicht gleichermaßen universell sind, aber ihrerseits echte Weltprobleme darstellen, die in vielen Ländern und Regionen der Welt von Bedeutung sind. Dazu gehört der religiöse Fundamentalismus, der zu religiöser Intoleranz und Feindseligkeit führt und die Verfolgung religiöser Minderheiten motiviert. Diese Situation führt zu autokratischen Tendenzen in Ländern, die eine bestimmte Religion bevorzugen und dann Angehörige anderer Religionen benachteiligen und ausgrenzen.

Ein weiteres weltweites Problem ist der Kreislauf des Drogenkonsums, der Aufstieg von Banden und terroristischen Gruppen, deren wirtschaftlicher Erfolg auf Drogen beruht, und die starke Tendenz zur Gewaltanwendung bei drogenbezogenen Gruppen. Länder mit gesamtgesellschaftlichen Drogenproblemen erleben eines von zwei Szenarien: 1) den Aufstieg politischer Regimes, die weder demokratisch noch autokratisch sind, sondern eher als große Banden zu bezeichnen sind, oder 2) das Entstehen von Autokratien mit Recht und Ordnung, die ihre

autokratische Legitimität aus dem Kampf gegen Drogen, Banden und drogenbezogene terroristische Gruppen ableiten.

Es gibt auch einige potenziell günstige soziale Kräfte in der heutigen Weltgesellschaft, die zu einer Stärkung der Demokratien beitragen könnten. Wir möchten auf drei von ihnen hinweisen. Erstens ist da der klassische Umstand, der dem Aufstieg von Demokratien zugrunde liegt, nämlich Wirtschaftswachstum. Auch wenn die Ungleichheit fortbesteht, ermöglicht Wirtschaftswachstum die Verbesserung der Situation selbst benachteiligter sozialer Gruppen. Eine zweite potenziell positive Kraft ist der kombinierte Einfluss von Bildung und Technologie. Die Technologie fördert das Wirtschaftswachstum und hat im 20. Jahrhundert immer neue Berufsgruppen und Sektoren hervorgebracht und damit die Möglichkeit geboten, an beruflichen Veränderungen teilzuhaben und in diesen neuen Sektoren Einkommen zu erzielen. Allerdings erfordert die Technologie eine ständige Ausweitung der Bildung (Goldin/Katz 2008). Andernfalls werden die Menschen nicht in der Lage sein, sich aktiv an der technologischen Transformation der Gesellschaft zu beteiligen. Die dritte positive Kraft ist der potenzielle weltweite Anstieg der Gleichstellung der Geschlechter, insbesondere der Beteiligung von Frauen. Die Gleichstellung der Geschlechter kann eine starke Kraft in Richtung Demokratisierung sein. Gleichzeitig ist der Widerstand gegen die Gleichstellung der Geschlechter oft ein starker Faktor für den Aufstieg des Rechtspopulismus. So können diese gutartigen Kräfte eine Quelle soziologischer Ambivalenz sein (Merton 1976). Die gleiche soziologische Ambivalenz betrifft die Erziehung, die zur Polarisierung beitragen kann, wenn es bedeutende Gruppen gibt, die nicht an der Bildungsexpansion teilnehmen.

## X Postscript 2022

Der vorliegende Text ist im Wesentlichen im Frühjahr 2020 abgeschlossen worden. Seither haben sich drei unerwartete ‚Weltereignisse‘ eingestellt, die einen vermutlich großen Einfluss auf Strukturänderungen in der durch die Bipolarität von Demokratie und Autoritarismus bestimmten ‚World Polity‘ haben und haben werden.

Das erste dieser Ereignisse ist die globale Coronapandemie, für die die Verknüpfung mit Regimedifferenzen nicht unmittelbar gegeben ist, die aber alle politischen Systeme der Welt erschüttert hat und in diesen neuartige Polarisierungen sozialer Gruppen, Konflikte über die Wissensbasis politischen Handelns und Konflikte über die Legitimität politischer Interventionsformen hervorgerufen hat. Zudem sind die singulären Reaktionsformen, die die größte Autokratie der

Welt – China – in der Pandemie gewählt hat, von großer Bedeutung, weil man sie auch als Indizien für einen neuen politischen Weg dieses Landes lesen könnte.

Das zweite dieser Weltereignisse ist die amerikanische Präsidentschaftswahl im Herbst 2020, die in der in vielen Hinsichten seit 200 Jahren paradigmatischen Demokratie der westlichen Welt eine radikale Infragestellung geordneten demokratischen Regierungswechsels herbeigeführt hat. Nicht nur hat der ausscheidende Präsident sich durch einen Quasi-Putsch am 6. Januar 2021 an der Macht zu halten versucht. Zwei Jahre nach diesem Ereignis sind die USA in der Frage der Legitimität dieses Wahlausgangs und dieses Quasi-Putsches ein radikal gespaltenes Land, in dem die Weltansichten oder Wirklichkeitsdeutungen der beiden einzigen relevanten Parteien so radikal divergieren, dass man an der Stabilität und Verlässlichkeit dieses politischen Systems zweifeln kann.

Das dritte dieser Weltereignisse ist der russische Angriff auf die Ukraine im Frühjahr 2022, der entlang der Grenze von demokratischen und autoritären Systemen einen militärischen Großkonflikt entstehen lässt, in dem es entscheidend auch um das Recht eines Staates und einer Nation geht (und per Implikation auch um die vergleichbaren Rechte anderer Staaten), sich für politische Souveränität und die Wahl einer demokratischen Regierungsform zu entscheiden.

Wir notieren diese drei Weltereignisse hier nur in einer quasi protokollarischen Form als Aufgabe für die Weiterarbeit an dem analytischen Rahmen, der vorgestellt worden ist. Das in Vorbereitung befindliche zweite Buch der Forschungsgruppe am ‚Forum Internationale Wissenschaft‘, der Universität Bonn, in deren Arbeit auch dieser Text gehört, wird auf diese Herausforderung mit Analysen und Deutungen zu reagieren versuchen.

## Literatur

- Ahlers, Anna L. (2014): *Rural Policy Implementation in Contemporary China: New Socialist Countryside*. London: Routledge.
- Anderson, Margaret Lavinia (2000): *Practicing Democracy. Elections and Political Culture in Imperial Germany*. Princeton: Princeton University Press.
- Atkinson, Anthony B. (2015): *Inequality. What Can Be Done?* Cambridge, Mass.: Harvard University Press.
- Backes, Uwe/Kailitz, Steffen (Hrsg.) (2015): *Ideocracies in Comparison. Legitimation – Co-optation – Repression*. London: Routledge.
- Berghel, Hal (2000): *Predatory Disintermediation*. *Communications of the ACM* 43 (5), 23.
- Bourricaud, Francois (1977): *L'individualisme institutionnel. Essai sur la sociologie de Talcott Parsons*. Paris: Presses Universitaires de France.
- Constitution, The (2017): *The Constitution of the United States*. London: Penguin Random House.

- DiPrete, Thomas A./Eirich, Gregory M. (2006): Cumulative Advantage as a Mechanism for Inequality. *Annual Review of Sociology* 32, 271–297.
- Dumont, Louis (1991): *L'idéologie allemande. France-Allemagne et retour*. Paris: Seuil.
- Durkheim, Émile (1973 [1893]): *De la division du travail social*. Paris: P.U.F.
- Durkheim, Émile (1898): *L'individualisme et les intellectuels*. *Revue bleue* 10, 7–13.
- Fifield, Anna (2019): *The Great Successor. The Divinely Perfect Destiny of Brilliant Comrade Kim Jong Un*. New York: Public Affairs.
- Freidson, Eliot (1988): *Profession of Medicine. A Study of the Sociology of Applied Knowledge*. Chicago: University of Chicago Press.
- Ghosh, Cyril (2013): *The Politics of the American Dream. Democratic Inclusion in Contemporary American Political Culture*. London: Palgrave Macmillan.
- Goldin, Claudia/Katz, Lawrence F. (2008): *The Race between Education and Technology*. Cambridge, Mass: The Belknap Press of Harvard University Press.
- Hawkins, Kirk A. (2010): *Who Mobilizes? Participatory Democracy in Chávez's Bolivarian Revolution*. *Latin American Politics and Society* 52 (3), 31–66.
- Hurst, William (2018): *Ruling Before the Law: The Politics of Legal Regimes in China and Indonesia*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Kluckhohn, Clyde (1951): *Values and Value Orientations in the Theory of Action: An Exploration in Definition and Classification*, in: Talcott Parsons/Edward A. Shils (Hrsg.), *Toward a General Theory of Action*. New York: Harper & Row, 388–433.
- Levitsky, Steven/Ziblatt, Daniel (2018): *How Democracies Die*. New York: Broadway Books.
- Luhmann, Niklas (1965): *Grundrechte als Institution. Ein Beitrag zur politischen Soziologie*. Berlin: Duncker & Humblot.
- Luhmann, Niklas (1995): *Die Autopoiesis des Bewußtseins*, in: Ders., *Soziologische Aufklärung 6: Die Soziologie und der Mensch*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 55–112.
- McCabe, Andrew G. (2019): *The Threat: How the FBI Protects America in the Age of Terror and Trump*. New York: MacMillan USA.
- Merton, Robert King (1973a [1938]): *Science and the Social Order*, in: Ders. *The Sociology of Science. Theoretical and Empirical Investigations*. Chicago/London: University of Chicago Press, 254–266.
- Merton, Robert King (1973b [1942]): *The Normative Structure of Science [Orig.: Science and Technology in a Democratic Order]*, in: Ders. *The Sociology of Science. Theoretical and Empirical Investigations*. Chicago/London: University of Chicago Press, 267–278.
- Merton, Robert King (1976): *Sociological Ambivalence and Other Essays*. New York: Free Press.
- Meyer, John W. (2010): *World Society. The Writings of John W. Meyer*. New York: Oxford University Press.
- Milanovic, Branko (2016): *Global Inequality. A New Approach for the Age of Globalization*. Cambridge, Mass.: The Belknap Press of Harvard University Press.
- Parsons, Talcott (1967): *Sociological Theory and Modern Society*. New York: Free Press.
- Parsons, Talcott (1977): *Social Systems and the Evolution of Action Theory*. New York: Free Press.
- Parsons, Talcott (1978): *Action Theory and the Human Condition*. New York: Free Press.
- Parsons, Talcott (2007a): *American Society. A Theory of the Societal Community*. Boulder: Paradigm Publisher.
- Parsons, Talcott (2007b): *Individuality and Institutionalized Individualism*, in: Giuseppe Sciortino (Hrsg.), *American Society. A Theory of the Societal Community*. Boulder and London: Paradigm Publishers, 424–59.

- Parsons, Talcott/Platt, Gerald M. (1974): *The American University*. Cambridge, Mass.: Harvard University Press.
- Parsons, Talcott/White, Winston (2016): *Values of American Society*. Manuscripts from the American Society Project I. Edited and with an Introduction by Victor Lidz and Helmut Staubmann. Zürich: LIT.
- Piketty, Thomas (2014): *Capital in the 21<sup>st</sup> Century*. Cambridge, Mass.: Harvard University Press.
- Pocock, John G.A. (1975): *The Machiavellian Moment: Florentine Political Thought and the Atlantic Republican Tradition*. Princeton: Princeton University Press.
- Ranke, Felipe (2021): *Die Differenzierung der Grund- und Menschenrechte in der Weltgesellschaft. Die Rechtsansprüche der LGBTI im Spannungsfeld von Natur und Moral*. Universität Bonn, Philosophische Fakultät: Dissertation.
- Sejersted, Francis (2011): *The Age of Social Democracy. Norway and Sweden in the Twentieth Century*. Princeton: Princeton University Press.
- Sen, Amartya (1999): *Democracy as a Universal Value*. *Journal of Democracy* 10 (3), 3–17.
- Shear, Michael D./Haberman, Maggie et al. (2019): *How Trump Reshaped the Presidency in Over 11 000 Tweets*. *The New York Times*, 2. November.
- Simmel, Georg (1917): *Grundfragen der Soziologie*. Berlin: Walter de Gruyter.
- Simmel, Georg (1989 [1890]): *Über soziale Differenzierung*. *Sociologische und psychologische Untersuchungen*, in: Ders., *Aufsätze 1887–1890 – Über soziale Differenzierung – Die Probleme der Geschichtsphilosophie (1892)*, hrsg. von Heinz-Jürgen Dahme. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 109–295.
- Stichweh, Rudolf (2007): *Einheit und Differenz im Wissenschaftssystem der Moderne*, in: Jost Halfmann/Johannes Rohbeck (Hrsg.), *Zwei Kulturen der Wissenschaft revisited*. Weilerswist: Velbrück Wissenschaft, 215–30.
- Stichweh, Rudolf (2010): *Weltgesellschaft und Fundamentalismus*, in: ders. (Hrsg.), *Der Fremde. Studien zu Soziologie und Sozialgeschichte*. Berlin: Suhrkamp, 177–94.
- Stichweh, Rudolf (2016): *Inklusion und Exklusion. Studien zur Gesellschaftstheorie*, 2. erweiterte Auflage. Bielefeld: Transcript.
- Weber, Eugen (1976): *Peasants into Frenchmen: The Modernization of Rural France, 1870–1914*. Stanford, Cal.: Stanford University Press.
- Wilcox, John (1953): *The Beginnings of L'Art Pour L'Art*. *The Journal of Aesthetics and Art Criticism* 11 (4), 360–77.
- Wood, Gordon S. (1998): *The Radicalism of the American Revolution*. New York: Random House.
- Wood, Gordon S. (2009): *Empire of Liberty. A History of the Early Republic, 1789–1815*. Oxford: Oxford University Press.

## Über die Autorin/den Autor

### Dr. Anna L. Ahlers

Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte (MPIWG), Boltzmannstrasse 22,  
D-14195 Berlin; e-mail: [alahlers@mpiwg-berlin.mpg.de](mailto:alahlers@mpiwg-berlin.mpg.de)

Anna Lisa Ahlers (geb. 1982), 2013 Promotion im Fach Sinologie an der Universität Tübingen.  
Vorherige Stationen: RSBK GmbH, Frankfurt a.M. (2007–2008), Greater China Studies,  
Universität Tübingen (2008–2013), Forum Internationale Wissenschaft, Universität Bonn



(2013), Mercator Institut für Chinastudien, Berlin (2013–2014). Associate Professor (tenured) for Modern Chinese Society and Politics, Universität Oslo (2014–2020). Gastprofessuren und Fellowships u. a. an der Academia Sinica, Taiwan; Zhejiang Universität, Volksrepublik China; Wissenschaftskolleg zu Berlin; University of Chicago. Aktuelle Positionen: Leiterin der Lise-Meitner-Forschungsgruppe „China in the Global System of Science“, MPIWG; Associate Fellow, Forum Internationale Wissenschaft, Universität Bonn. Forschungsschwerpunkte: Chinawissenschaften; politische Soziologie; Systemtheorie, insbesondere der politischen Systeme; Governance-Forschung; Wissenschaftssoziologie; vergleichende Forschung zu Autoritarismus und Demokratie.

**Prof. Dr. Rudolf Stichweh**

Forum Internationale Wissenschaft, Universität Bonn, Heussallee 18–24, D-53113 Bonn;  
e-mail: [rstichweh@yahoo.de](mailto:rstichweh@yahoo.de)

Rudolf Stichweh (geb. 1951), Promotion 1983 und Habilitation 1991 an der Fakultät für Soziologie, Universität Bielefeld. Berufliche Stationen: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln (1985–1989), Maison des Sciences de l’Homme, Paris (1987), Max-Planck-Institut für Europäische Rechtsgeschichte, Frankfurt a.M. (1989–1994). Professor für Soziologische Theorie, Universität Bielefeld, Fakultät für Soziologie (1994–2003); Professor für Soziologische Theorie, Universität Luzern (CH), Kultur- und Sozialwissenschaftliche Fakultät (2003–2012); Professor für Theorie der Modernen Gesellschaft, Universität Bonn, Forum Internationale Wissenschaft (2012–2020). Gastprofessuren in Wien, Paris, Princeton und Chicago. Aktuelle Positionen: Senior-Professor für Soziologie, Universität Bonn, Forum Internationale Wissenschaft und Bonn Center for Dependency and Slavery Studies; Ständiger Gastprofessor, Universität Luzern; Mitglied der Lise-Meitner-Forschungsgruppe „China in the Global System of Science“, Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte. Forschungsschwerpunkte: Systemtheorie und Weltgesellschaft; vergleichende Forschung zu Autoritarismus und Demokratie; Entstehung und Strukturen des modernen Wissenschafts-systems seit 1750; Universität als Weltorganisation; Sklaverei und andere Institutionen der starken asymmetrischen Abhängigkeit.